

# Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 35. Erscheint alle Sonnabende.  
Abonnementspreis 1.50 Mk. pro Quartal  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenbenderstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,  
Sonnabend, 28. August 1909.

Anzeigen kosten die 4gespaltene Zeile  
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist  
stets vorher einzufenden.)  
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile .. 23. Jahrg.

## Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

### Die gestellten Forderungen für die kommenden Tarifverhandlungen.

Die Situation, die sich durch den einheitlichen Verkaufstermin (31. Dezember 09) der Tarifverträge im Malergewerbe ergibt, war bereits Gegenstand eingehender Beratung der im März stattgefundenen Generalversammlung zu Köln. Durch die daselbst beschlossene Resolution wurde der Vorstand unter bestimmten Direktiven beauftragt, die zu den Tarifverhandlungen nötige Vorarbeit zu erledigen. Die Mitglieder der Filialen und Zahlstellen der einzelnen Lohngebiete wurden daher vom Vorstand beauftragt, bis Ende des Monats Juni ihre dahingehenden Anträge und Forderungen aufzustellen und durch die Bezirksleiter dem Vorstande zu übermitteln. Diese Anträge liegen aus 238 Orten vor und sind in tabellarischer Form, nach den vorhandenen Bezirken geordnet, in einer gedruckten Broschüre zur Ausgabe gelangt. Diefelben werden im Laufe der kommenden Woche durch den Vorstand unseres Verbandes dem Vorstand des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe zum Zwecke der Unterhandlung unterbreitet.

Die somit eingeleitete Lohnbewegung ist eine ziemlich umfangreiche, da an dieser Bewegung für die in Frage kommenden Orte 82736 Mitglieder unmittelbar interessiert sind. Die übrigen 8—9000 Mitglieder des Verbandes, die für die Bewegung nicht in Betracht kommen, verteilen sich auf Orte, wo der Arbeitgeberverband noch keinen Fuß gefaßt hat und wo die Mitglieder zum Teil auf Schiffswerften und in Fabrik- und in Lackierbetrieben beschäftigt sind, die für ein Tarifvertragsverhältnis in der in Aussicht stehenden Form nicht in Frage kommen. Die diesjährige Lohnbewegung übersteigt die außerordentliche Lohnbewegung vom Jahre 1906 um das Doppelte der Mitgliederzahl, da an diesen Kämpfen nur 16207 Kollegen beteiligt waren.

Um voll und ganz die Wünsche der Kollegen aus den eigens gearteten örtlichen Verhältnissen kennen zu lernen, hat sich der Vorstand jeglichen Hinweises bei Aufstellung der Forderungen enthalten, trotzdem können wir aus der Zusammenstellung ersehen, daß der größte Teil der Forderungen sich der im jetzigen Normaltarif enthaltenen Grundlage anpaßt. Die Tarifdauer wird mit wenigen Ausnahmen einiger Orte vom 1. Bezirk auf drei Jahre verlangt, sodas damit die vielumstrittene Frage über die Zweckmäßigkeit einer längeren oder kürzeren Tarifdauer erledigt ist.

Die eigentlichen und wesentlichen Forderungen bilden auch, wie bisher bei allen Lohnbewegungen, wieder die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Mindestlohnes, sie drängen sich ideell und materiell in den Vordergrund, sodas sie auch bei den kommenden Verhandlungen als die Kardinalpunkte betrachtet werden müssen. Alle weiteren Forderungen wie Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, die Wegebauer, Auslösung bei Ueberlandarbeit und Gerüstarbeiten schließen sich zum größten Teil an bestehende tarifliche Verhältnisse an und werden keine besonderen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen machen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird in 161 Orten gefordert und zwar wie folgt: 4 Orte täglich  $\frac{1}{4}$  Stunde, 126 Orte täglich  $\frac{1}{2}$  Stunde, 30 Orte täglich 1 Stunde und 1 Ort täglich  $1\frac{1}{2}$  Stunde. In einer größeren Zahl Orte wird auch für den Sonnabend als Wochenschluß  $\frac{1}{2}$  bis 1 Stunde früher Feierabend verlangt, ebenso allgemein bei hohen Festtagen wie Ostern, Pfingsten und Weihnachten.

Die Erhöhung des Mindestlohnes wird in 231 Orten gefordert: in 39 Orten des dritten Bezirks ist die Forderung durchgängig 10 Prozent zu dem bisherigen Stundenlohn, in 1 Orte 15  $\%$ , in 23 Orten 10  $\%$ , in 38 Orten 8  $\%$ , in 61 Orten 7  $\%$ , in 58 Orten 6  $\%$ , in 2 Orten 5  $\%$  und in 2 Orten 4  $\%$ .

In 7 Orten hat bis jetzt kein Tarifvertrag bestanden und sollen die Forderungen den für die Orte üblichen Grundlöhnen angepaßt werden.

Die bei der letzten Tarifverhandlung im Jahre 1908 so heiß umstrittene Frage der „Mindestleistung“ wird bei den Forderungen nicht besonders erwähnt. Es scheint, als wenn sich die Mitglieder allerwärts damit abgefunden haben. Nachdem die Arbeitgeber selbst gegen die Aufstellung unvernünftig hoher Leistungen Front gemacht, diese als für das Gewerbe schädlich und die Schmutzkonzurrenz fördernd erkannt haben, wurde auch die Befürchtung wegeräumt, als ob auf Grund einer fixierten Leistung lediglich die Absicht der Lohnkürzung vorliege. Da zugleich konstatiert werden kann, daß in keinem Falle die normierten Leistungen zu Lohnfreitigkeiten geführt haben, so sind alle aus der Theorie aufgestellten Befürchtungen durch die Praxis ausgeschaltet worden. Die Mindestleistung, soweit sie heute festgelegt ist, wurde der Anhaltspunkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, denen bei der wilden Schusterei jede vernunftgemäße Abschätzung einer Berufsarbeit abhanden gekommen ist. Große Differenzen können bei diesem Punkt kaum entstehen, es sei denn, daß die Arbeitgeber aufs neue mit dem Gedanken der möglichen Hochschraubung der Mindestleistung hervortreten.

Eine Begründung der hauptsächlichsten Forderungen der Lohnbewegung und Verkürzung der Arbeitszeit an dieser Stelle darf wohl als überflüssig bezeichnet werden, nachdem darüber in ausreichendem Maße in den Versammlungen gesprochen ist. Die augenblickliche Krise mit ihrer Folgeerscheinung, der Arbeitslosigkeit, dazu die Wucht einer Steuerlast von 500 Millionen Mark indirekter Steuern, die den Arbeiter in besonderem Maße trifft, sodas alle bisher erreichten Lohnaufbesserungen illusorisch gemacht worden, sind Gründe, die allein jeden denkenden Menschen für die Forderungen der Arbeiter interessieren müssen. Das Bestreben nach einer besseren Lebenshaltung seitens unserer Mitglieder ist mehr als gerechtfertigt, wenn man in Betracht zieht, daß die im Malerberufe Beschäftigten Arbeiter gegenüber den übrigen Bauhandwerkern bezüglich der Löhne weit zurückgeblieben sind. Die Berufskrankheiten treten in immer größerem Umfange auf, trotz aller gesetzlichen Bestimmungen, Bleiweißverordnung usw., sodas eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie Erhöhung des Stundenlohnes zu einer Naturnotwendigkeit geworden sind, der sich nur hartgesottene Scharfmacherherzen verschließen werden. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die gestellten Forderungen sich auf 42 Orte mit 19000 Mitgliedern erstrecken, die infolge des bestehenden Tarifverhältnisses und der Verlängerung seit vier Jahren einer Aufbesserung ihres Arbeitsverdienstes verlustig gingen und nun mit der ganzen Macht der Organisation nach einer Vessergestaltung ihrer Lebenshaltung drängen. Gewiß werden auch die Arbeitgeber Lage führen über die augenblicklich schlechte Lage des Gewerbes und diese als ein Hindernis für eine Aufbesserung der Löhne ins Feld führen, wie sie es stets auch bei günstiger Konjunktur verstanden haben, über wenig Verdienst und hohe Zuschüsse zu klagen. Damit müssen wir uns für die kommenden Verhandlungen auf die schärfsten Gegensätze gefaßt machen, Gegensätze, wie sie nun einmal bei der verrückten heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung als unausbleiblich bezeichnet werden müssen.

Seit Jahren wird seitens der Arbeitgeber in Medien und Schriften immer wieder auf die Schaffung eines sich über ganz Deutschland erstreckenden Tarifvertrages nach dem Muster des Buchdruckerartikels hingewiesen, dabei immer mit der Behauptung, das Malergewerbe ertrage eine allgemeine Lohnaufbesserung nicht. Also einen Buchdruckerartikels ohne Buchdruckerlöhne!!!

So haben die Arbeitgeber wieder vor einigen Tagen auf dem Malertage in Dresden, durch den Referenten Herrn Stolz beim Punkt Tarifvertrag sagen lassen: „Die Gehilfenerschaft wird sich bei den kommenden Verhandlungen darauf beschränken müssen, das Bestehende zu erhalten, der Arbeitgeberverband sei stark genug, um neue Forderungen nicht durchdrücken zu lassen.“

Für diese offenerzige Erklärung können wir den Herren Arbeitgebern nur dankbar sein, um so unsere Mitglieder rechtzeitig auf die Konsequenzen der Lohnbewegung aufmerksam machen zu können. Wenn denn einmal die Probe aufs Exempel gemacht werden soll, warum denn nicht? Gewiß! Angenehme Tage werden die Verhandlungen sowie der Kampf um die Existenz den Malergehilfen nicht bringen; jedoch sind solche Zeiten immer noch den Zeiten vorzuziehen, wo man die Gehilfen zu Geloten einer traurigen Existenz herabwürdigt. Der Stellung des Arbeitgeberverbandes gegenüber gibt es nur eine Devise: „Ohne Würdigung der eingereichten Forderungen keinen Tarifvertrag!“

Wir sehen zur Ehre der Arbeitgeber voraus, daß sie nun in logischer Folgerung dieser unserer Stellung gegenüber den fix und fertigen Kriegsplan einrichten werden.

### Der Riesenkampf in Schweden.

Der Führer der Schwedischen Sozialdemokratie, Sjalmar Branting, sicherlich ein genauer Kenner der Sachlage, veröffentlicht in der „Neuen Zeit“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen: Der Kampf, der jetzt in Schweden ausgefochten wird, ist seinem Ursprunge und Ziele nach ein rein gewerkschaftlicher. Die Ausdehnung des Kampffeldes ist aber durch die Taktik des Arbeitgeberverbandes, die die Landesorganisation der Arbeiter gezwungen hat, als Gegenaktion den Ausstand für alle ihre Mitglieder zu proklamieren, so kolossal erweitert worden, daß so ziemlich die ganze Gesellschaft in Mittelklasse gezogen worden ist — abgesehen von dem noch Naturalwirtschaft treibenden Bauerntum, das freilich in Schweden noch eine sehr große und einflussreiche Gesellschaftsklasse bildet, beinahe ein Drittel der Bevölkerung. Fast die Hälfte der ganzen Bevölkerung ist im Ackerbau beschäftigt. Die industrielle Arbeiterschaft hat in ihrem Massenstreik auch die Arbeiter des lokalen Verkehrs, die meisten kommunalen Arbeiter, auch solche, die anfänglich ausdrücklich zum Bleiben aufgefordert waren usw., mit sich fortgerissen; und so ist es von selbst dazu gekommen, daß dieser rein gewerkschaftliche Massenausstand dem äußeren Anschein nach auffallende Ähnlichkeiten mit einem politischen Massenstreik darbietet. In der Tat liegt es ja auch in seinem Programm, durch seinen ganz außerordentlichen Anfang auf jene Schichten der Gesellschaft zu wirken, die sich außerhalb der direkt kriegführenden Massen befinden, und sie, wenn möglich, zu veranlassen, für einen Frieden zu intervenieren, der den Arbeitern ihren vollen Einfluß auf den Arbeitsvertrag sichert und folglich von ihnen akzeptiert werden könnte.

Es ist also ein ganz neuer Typus eines nationalen Massenstreiks, der in Schweden in diesen Tagen versucht wird, eine Art, die nur dort denkbar scheint, wo die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer, beide fest zusammengefügt und genügend zentralisiert, die Bedeutung von wirtschaftlichen „Staaten im Staate“, von wirklichen Machtzentren des ganzen gesellschaftlichen Lebens erreicht haben. Die Kämpfe zwischen diesen beiden zwar nicht offiziellen, aber sehr realen Staatsgewalten wachsen dann zu Kraftproben aus, die die alten gewöhnlichen lokalen und beruflichen Streiks oder Lockouts weit übertreffen. Die Arbeiter versuchen die ganze Gesellschaft, insofern diese ein industrieller Produktionsmechanismus ist, für die Dauer des Kampfes lahmzulegen und zur gleichen Zeit durch striktestes Bleiben im Rahmen der Gesetlichkeit einem gewaltigen Eingreifen durch die bewaffnete Macht des Staates auszuweichen. Nicht nur das ökonomische Interesse der Kapitalisten, die Mehrwertsmaschinerie wieder in Gang zu bringen, auch die Unbeglücktheit allerlei Art, die für die niederen mittleren Schichten und sogar für „die oberen Zehntausend“ mit einem Massenstreik solcher Ausdehnung notwendigerweise verbunden sein müssen, werden dann zu einem Friedensschluß drängen, den die Arbeiter, solange ihre Masse nicht wankt, gewiß für sich günstiger erreichen können, als wenn sie, im Rahmen eines lang ausgehobten,



rein gewerkschaftlichen Kampfes verblutend, nur den Hund der kapitalistischen Unternehmer sich gegenüber hätten.

Es wäre indessen ganz verfehlt, die Eigenart des schwedischen Massenstreiks als ein Produkt theoretischer Erwägungen auffassen zu wollen. Er hat sich vielmehr mit elementarer Notwendigkeit aus einer gewissen Situation entwickelt. Die Praxis geht diesmal voraus, Aufgabe der Theorie wird es später sein, das tatsächlich Gegebene zu analysieren und kritisch zu würdigen.

Kurz zusammengefaßt ist der Entwicklungsgang der folgende gewesen: Die Gewerkschaften in Schweden, meistens in der „Landesorganisation“ zur gemeinsamen Abwehr — noch nicht zur Unterstützung von Angriffstreiks — verbunden, haben seit ein paar Jahren immer mehr den Druck der neuen, fest gegliederten, straff zentralisierten Arbeitgeberverbände lähmend empfunden. Seitdem aber die wirtschaftliche Depression auch in Schweden schlimm eingetreten hat, stellten sich die organisierten Unternehmer als nächstes Ziel, eine entscheidende Schlacht gegen die Gewerkschaften zu provozieren, die für Jahre hinaus den Unternehmern ihre alte Stellung als „Herren im Hause“ zurückerobern und den Arbeitern das durch Hunderte von Konflikten errungene Recht, durch ihre Organisationen ein Wort über die Arbeitsbedingungen mitzureden, wieder entreißen würde.

Es ist jedoch den ganz ausgezeichnet tüchtigen Genossen im „Landessekretariat“, wie das Exekutivkomitee der Landesorganisation in Schweden genannt wird, allen voran dem Vorsitzenden, dem früheren Tischler Hermann Lindquist, gelungen, während der schlimmsten Zeit einen allgemeinen Kampf zu verhüten und durch eine wirkliche Musterprobe von Gewerkschaftsstrategie mitten in der Krise eher mit Gewinn als mit Zugeständnissen von den monatelangen Verhandlungen zurückzulehren. Im Juli 1908 schien jedoch der Kampf von den Unternehmern fest beschlossen — dann aber bot die konservative Regierung ihre Vermittlung, sehr gegen den Willen der Scharfmacher, so kräftig an, daß es den Unternehmern unmöglich wurde, sie zu ignorieren. Der Friede wurde auch diesmal im letzten Augenblick geschlossen, trotz der schlecht oder gar nicht verhüllten erbitterten Proteste der reaktionären Presse, die in Schweden größtenteils von den organisierten Unternehmern finanziell direkt abhängig ist. In jenen Tagen standen wir kaum noch ein Paar breit entfernt von der Generalaussperrung — die Ausperrung war in der Tat schon proklamiert und mußte beim Friedensschluß von den Unternehmern telegraphisch widerrufen werden! Ob die Regierung zu jener Zeit noch Hoffnung hegte, durch Entgegenkommen die Arbeiter bei den Wahlen gegen die Liberalen ins Feld zu führen und so die Linke zu sprengen, mag dahingestellt werden. Jedenfalls hat dieselbe Regierung wenige Wochen später à la Bülow ihre Wahlparole gestaltet: „Die Front gegen den Sozialismus!“ — und mit dieser Parole eine eklatante Niederlage vor den Wählern der Zweiten Kammer erlitten.

Die Taktik, mit immer ausgedehnteren Aussperrungen zu drohen, wurde jedoch von jetzt ab bei den Unternehmerverbänden — es gibt drei größere in Schweden, die jedoch untereinander in bestem Einverständnis operieren — erst recht zur Regel gemacht. Die Buchbinder von Stockholm und Eskilstuna waren mit ihren Unternehmern in Konflikt geraten — nach wenigen Wochen kam das Ultimatum: Nehmt unsere Bedingungen an, sonst werden nicht nur die Buchbinder überall ausgesperrt, sondern mit ihnen auch die Textilarbeiter! Dem Landessekretariat blieb nichts übrig, als einen Kompromiß anzubahnen. Die Kommunalarbeiter von Malmö hatten ihre Arbeit niedergelegt, der Streik war jedoch nicht in einer Weise begonnen worden, daß das Sekretariat ihn gutheißen konnte; trotzdem wurde von einem Arbeitgeberverein die Aussperrung mehrerer Gewerkschaftsverbände angedroht, wenn der nicht anerkannte und folglich nicht unterstützte Kampf in Malmö nicht sofort zu Ende gebracht werde! Den Metallarbeitern gegenüber wurde in derselben Weise eine viel zu lange Verlängerung des Tarifvertrags aufgezwungen. Im Frühling des jetzigen Jahres forderte der Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe einen Reichstagsvertrag in der Weise, daß die Errungenschaften einzelner Gewerbe, z. B. der Maler, vom Neunstundentag zu einem gemeinsamen Bestundentag zurückrevidiert werden würden. Wieder stand eine allgemeine Aussperrung vor der Tür, es gelang aber dem Landessekretariat, dem offiziellen „Vergleichsbeamten“ — wir haben seit ein paar Jahren sieben solche von der Regierung ernannte in Wirksamkeit, von denen die meisten ihr Amt mit gutem Takt und Erfolg verwaltet haben — klarzumachen, daß sich die Arbeiter einer kulturellen Errungenschaft, wie den Neunstundentag, unter keinen Umständen ohne Kampf wieder rauben lassen würden; er stellte dann seinen Vermittlungsantrag in der Weise, daß die Arbeiter in bezug auf die Arbeitszeit bei dem Status quo bleiben könnten, und es ist ihm wirklich gelungen, dies Zugeständnis den Unternehmern abzurufen, womit der Friede geschlossen werden konnte. Kaum war dieser Streitpunkt aus dem Wege geräumt, als wegen eines Konfliktes mit den Biogelblutbesitzern wieder eine Aussperrungsdrohung gegen das Landessekretariat geschleudert

wurde; die ganz geringfügige Zwistigkeit konnte jedoch beigelegt werden, ohne daß der „Schwedische Arbeitgeberverein“ die gewünschte Gelegenheit zu einer Massenaussperrung erhielt.

Es ist jedoch offenbar, daß, wenn die Unternehmerschaft eines Landes ganz bestimmt den Krieg will, auch die größte diplomatische Gewandtheit und hinhaltennde Taktik der gewerkschaftlichen Führer auf die Dauer den Kampf nicht verhüten kann. Es kommt ein Moment, wo die Arbeiter sich nicht weiter zu schlimmeren Arbeitsbedingungen zurückdrängen lassen können, ohne den möglichsten Widerstand zu leisten. Wir waren glücklich genug, daß dem Kampfe im vorigen Jahre, während der schlimmsten Zeit der Krise, vorgebeugt werden konnte, in diesem Sommer war er nicht mehr zu vermeiden. Die ganze Arbeiterschaft Schwedens war sich auch während dieser gewonnenen Jahre des Aufschubs darüber klar geworden, daß die Unternehmer die Massenaussperrungen systematisch benutzen würden, um ihr in allen Konflikten ihre Bedingungen für den Friedensschluß aufzutrocknen. So ist es auch in den kleineren Konflikten gewesen, die die formale Veranlassung zum jetzigen Niesenkampfe gegeben haben.

Jetzt mußten sich die Gewerkschaften entscheiden: völlige Unterwerfung oder den großen Kampf! Die erste Alternative hätte prinzipiell die Preisgabe der großen, eine neue Ära einleitende Errungenschaft der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter bedeutet: das Recht und die Macht, die Arbeitsbedingungen mitzubesimmen, wozu noch kommt, daß selbstverständlich eine solche Kapitulation ohne Kampf auf die Massen der Arbeiter demokratisierend wirken würde — waren doch aus den Massen bei den früheren Konflikten immer und immer gegen die Führer Proteste laut geworden, weil sie, um Ueberkommen zu erzielen, zu kleineren Zugeständnissen bereit gewesen waren. Und wenn man auch diesmal um des Friedens willen nachgegeben und die kleineren Gruppen von Arbeitskammeraden den Unterdrückungsgelüsten der Unternehmer geopfert hätte, wie würde man sich dann weiteren Forderungen der Unternehmer widersetzen können? Diese brauchten ja nur ihre große Keule der Aussperrung wieder einmal zu schwingen, um Gehorsam zu erreichen! Verhandlungen würden zwar wie vorher stattfinden, dem äußeren Schein nach stände das Vereinsrecht unverletzt da, aber die Macht der Arbeiterorganisationen, die vor allem die Verhandlungen zu solchen zwischen freien und gleichen Parteien gestalten kann, wäre gebrochen.

Wie immer der Kampf enden mag, es wird ein bleibender Ruhm der schwedischen Gewerkschaften werden, daß sie, vor dieser Entscheidung gestellt, keinen Augenblick schwankten, sondern mit fester Entschlossenheit daran gingen, den Kampf gegen den millionenstarken Gegner aufzunehmen. Einstimmig haben die Vertrauensmänner der Gewerkschaftsverbände, die zusammen mit dem Landessekretariat die Situation prüften, den Beschluß gefaßt, den aufgezogenen Krieg auch ihrerseits mit größtmöglichem Nachdruck zu führen und der sich immer mehr ausdehnenden Massenaussperrung, nachdem die circa 80 000 Arbeiter auf die Straße geworfen waren, mit dem sofortigen Massenstreik zu begegnen. Und ebenso einig war die Stimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern selbst, die, jeder Verein für sich, den endgültigen Beschluß zu dem ihrigen machten. Fühlten sie doch alle, daß es sich hier nicht nur um den einen oder anderen Lohnsatz in ein paar Gewerben handelte, sondern um die Möglichkeit, in allen Gewerben durch die gewerkschaftliche Organisation überhaupt mitzureden oder zu den vorgeverwalteten Verhältnissen zurückgedrängt zu werden, als der Unternehmer noch allein nach seinem Gutdünken alles bestimmte.

So hat die Logik der Entwicklung, nachdem sie in Schweden die Arbeiter einerseits und später die Unternehmer andererseits in großen Kampforganisationen vereinigte, einen Niesenkampf heraufbeschworen, der im Verhältnis zu der Einwohnerzahl und vor allem zu der Zahl der industriellen Bevölkerung wohl wenige seinesgleichen in der Geschichte der modernen Arbeiterklasse hat. Es laufen jedoch die offiziellen Angaben über die Ausdehnung des Massenstreiks ein. Die Summe steigt auf 285 762 Personen — und diese Ziffern kommen meistens von den Unternehmern, die gewiß nicht zu hoch geschätzt haben, und bedürfen sicherlich einer Korrektur, die die richtige Zahl nicht unbeträchtlich über 300 000 erheben wird. Mit diesen Zahlen muß man vergleichen, daß Schweden jetzt etwa 5 400 000 Einwohner hat, daß die Zahl der Fabrikarbeiter im Jahre 1907 313 000 betrug, die der Arbeiter im Handwerk 55 000 und im Bergbau 32 000, insgesamt etwa 400 000, wozu noch die Arbeiter im Eisenbahndienst, etwa 40 000, und in allerlei Transportdienst vielleicht 60 000 kommen. Mehr als drei Fünftel der ganzen werktätigen Bevölkerung, die Landwirtschaft immer ausgenommen, sind folglich in den Ausstand getreten, und von den Arbeitern bereiniglichen Industrie (mit Bergbau) haben sicher mehr als 80 Prozent an der Wegung teilgenommen, die sich über das

ganze Land erstreckt hat, wenn auch natürlich die größten Massen in Stockholm, 42 000, in den hochindustriellen Provinzen Schonen (südliches Schweden), 42 000, und Gothenburg (mit Provinz), 30 000 Teilnehmer, konzentriert sind. Würde im Deutschen Reich nach denselben Prozentzahlen gestreift es ergäbe 3 1/2 Millionen Streikende.

Die Ruhe und Ordnung, womit die Dreihunderttausend ihren Kampf begonnen und geführt haben, ohne Aussicht auf nennenswerte Unterstützung durch ihre Organisationen, von der ganzen bürgerlichen Presse mit den gewaltsamsten und giftigsten Angriffen immer und immer wieder überschüttet und von den Behörden mit Militär umgeben und zum Beispiel in Stockholm gezwungen, die Wiederaufnahme des Verkehrs der Straßenbahnen und Droschken durch Leute des „freiwilligen Schutzkorps“ der aggressiven Sozialistenfeinde ruhig anzusehen — das zeigt eine Selbstdisziplin und eine Reife des schwedischen Proletariats, die sogar den Feinden wider ihren Willen imponiert und die diese Augusttage des Massenstreiks von 1909 in der Geschichte des schwedischen Volkes und des Proletariats aller Länder unvergänglich einschreiben werden. Vergebens gebärden sich in diesen Tagen die frechtigen Erklärer der bürgerlichen Presse als berufene Hüter der Moral gegen die „empörenden Rechtsverletzungen“, der sich besonders die Buchdrucker schuldig gemacht haben sollen, indem sie, ihre Klassenverpflichtungen in einer Situation wie die jetzige über die Bestimmungen ihres Tarifvertrages jenseit, die Arbeit auch niedergelegt haben, um den Kampf dadurch, wenn möglich, abzukürzen. Und die schlimmsten Heber für Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterpresse, dasselbe Preßgefindel, das eben noch vor dem blutigen Jaren kroch und die Sozialdemokratie wegen der menschenrührenden Tötung eines schwedischen Generals durch einen hirnverbrannten Anarchisten denunzierte, schreit jetzt zum Himmel, daß die „Preßfreiheit in Gefahr“ sei, weil sie in diesen Tagen alle ihre falschen Nachrichten und Tendenzlügen nicht so bequem wie bisher verbreiten können.

Alle diese Zwischenfälle des Kampfes werden indessen heute noch von dem einzigen großen Eindruck beherrscht: 200 000 organisierte schwedische Arbeiter, die noch 100 000 bisher nicht organisierte mitgeriffen haben, stehen schon seit mehr als einer Woche im Ausstand, ohne Wanken, ohne irgend eine Ausschreitung, ruhig, aber fest entschlossen, der übrigen Gesellschaft gegenüber zu zeigen, daß sie sich nimmermehr von der Position wegdrängen lassen werden, die sie in so schweren Gewerkschaftskämpfen erobert als Mitbestimmende bei der Festsetzung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen.

## Nationalismus und Internationalismus.

### II.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der deutsche Arbeiter an und für sich ein viel größeres Interesse an seinem Vaterlande hat als die reichen Leute, die ihrer Meinung nach ein Patent auf ihre Vaterlandsliebe genommen haben. Wir haben im vorigen Artikel mit Beispielen belegt, wie wenig die Angehörigen des Abels die Grenzen des Landes respektieren, in dem sie gerade ihr Leben zubringen, und wie sie ihr Vaterland wechseln, wenn sie Vorteil davon haben. Infolge von Verwandtschaft und Verschöwägerung entwickelt sich unter ihnen der Internationalismus zu einer Selbstverständlichkeit, und wenn sie unter sich sind, so lachen sie über das Volk, das an seine Scholle gebunden ist und für den heimischen Herd schwärmt.

Diese blaue Internationale macht sich überall bemerkbar, wo etwas los ist. In den internationalen Luxusstädern und Kurorten, bei Pferde- und Automobilrennen, bei Jagden und Manövern und nicht zum wenigsten in den Spielhöllen sammelt sich die Blüte der verschiedenen Nationen; die Edelsten und Besten aller Völker finden sich dort ein und verfechten miteinander, als ob es keine nationale Schranken mehr gäbe. Ein Gewirr aller möglichen Sprachen ist dort zu vernehmen, wie weiland beim Turmbau zu Babel, es entwickelt sich ein internationaler Verkehrston, der alle nationalen Unterschiede verwischt. Bald treffen sich diese vom Schicksal begünstigten Menschen an den Ufern des Mittelmeers, bald im schottischen Hochland, bald an den italienischen Seen, bald auf einer Nordlandreise — überall, wo es schön ist, da ist ihr Vaterland, überall, wo die Natur die Reize entfaltet, da schlagen sie ihre Bette auf. Und mitten unter diesen Herrschaften mit dem altablichen Stammbaum tummeln sich die Ritter der goldenen Internationale, die Herren und Damen der Gelbaristokratie, die ihre unebenbürtige Herkunft mit ihrem Gelde verdecken. Alle diese Glückspilze, die auf der Sonnenseite des Lebens wandeln, genießen ihr Dasein in Lust und Freude und fragen nicht danach, in welchem „Vaterlande“ sie ihre Goldfische verzubeln.

Über die kleinen Leute sitzen daheim in ihrer engen Häuslichkeit und mühen sich ab, damit der Wohlstand des Vaterlandes wachse, an dem sie selbst nur allzuwenig Anteil haben. Sie gehen des Morgens zur Arbeit und rühren die fleißigen Hände und am Abend kehren sie heimwärts, müde und abgeplännt. Höchstens am Sonntag können sie den Staub des Werktagstreibens abschütteln, und ihre Seele kann Atem holen in Feld und Wald. In großen Reisen ins Ausland reicht ihr Geldbeutel nicht, die Flügel sind ihnen beschnitten und in dem engsten Kreise verbringen sie ihre Tage. Wer möchte da bestreiten, daß gerade die Arbeiter es sind, die das lebhafteste Interesse an einem schönen glücklichen Vaterlande haben und daß man es ihnen nicht verargen kann, wenn sie die Zustände



Ihres Vaterlandes so gestalten wollen, wie es ihnen zum Heile dient? Kann man es den Proletariern im Ernst verlangen, daß sie den festen Willen haben, sich ihr Vaterland wohllich einzurichten und es von dem Ungeziefer zu säubern, das sich von den zartesten Blüten und den schönsten Früchten nährt, während es dem gewöhnlichen Volke die Schalen überläßt? Auf welcher Seite ist denn hier der Nationalismus zu suchen und wo steckt der Internationalismus?

Ganz genau so verhält sich die Sache auch auf wirtschaftlichen Gebieten, im weiten Bereiche des Erwerbslebens. Der Arbeiter, als der Besitzer der Arbeitskraft, ist an seine Scholle gefesselt. Solange sich ihm irgendwo Erwerbsgelegenheit bietet, bleibt er dort, zumal wenn er durch Familienverhältnisse gebunden ist. Jeder, der einmal mit Kinds und Negele seinen Wohnsitz gewechselt hat, kennt die Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, die damit verbunden sind. Wenn wir von einigen nomadisch veranlagten Naturen absehen, hat der Durchschnittsarbeiter keine Lust, sein Vaterland zu wechseln, solange er dort sein Brot hat. Und was sollte er auch in der Fremde machen, wo er in neue ungeordnete Verhältnisse hineinkommt und wo es ihm noch schwerer ist, eine Existenz zu finden, als daheim? Deshalb entwickelt sich überall dort, wo halbwegs gesunde Zustände sind, in den Arbeitern das Heimatgefühl und das Interesse an den heimatischen Verhältnissen. Nur Torheit kann von der Vaterlandslosigkeit der breiten Volksschichten sprechen und dem Arbeiter das Vaterlandsgefühl abstreifen. Wenn in der Arbeiterpresse hin und wieder eine ähnliche Nebenweise anklagt, so kommt dies daher, daß der Kapitalismus in vielen Arbeitern die Liebe zum Vaterlande und die Lust am Vaterlande systematisch ersticht. Dann heißt es wohl mit bitterem Ingrimm: Der Arbeiter hat kein Vaterland, wie sollte er das Vaterland lieben können? Diese Worte, die dem Bedauern über eine Tatsache Ausdruck geben, sind also nicht so aufzufassen, als ob es wünschenswert wäre, wenn der Proletarier heimatlos und vaterlandslos würde. Dem widerspricht die Praxis der Arbeiterbewegung. Dann könnte man ja auch dem edlen Römer Tiberius Gracchus den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit machen, weil er im Senate den herrschenden und besitzenden Klassen ins Gewissen redete, indem er auf die Verstoßigkeit der römischen Proletarier hinwies. Er sprach: „Die wilden Tiere haben ihre Höhlen und jedes von ihnen weiß sein Lager, aber die Männer, die für Italiens Unabhängigkeit kämpfen und sterben, haben nicht, wohin sie ihr Haupt legen können. Ohne Hütte und Obdach irren sie mit Weib und Kindern umher. Es ist ein Schand, wenn die Feldherren auf den Schlachtfeldern sie auffordern, ihre Grabmäler und Heiligtümer gegen die Feinde zu verteidigen, denn unter so vielen hat kaum einer einen vaterländischen Herd aufzuweisen. Nur für die Leppigkeit und den Reichtum anderer müssen sie ihr Blut vergießen und ihr Leben opfern. Sie werden die Herren der Welt genannt, ohne daß ihnen auch nur ein Fußbreit des Landes gehört.“ Dieser Volkstribun wollte durch seine Gesetzesvorschläge dem Proletarier einen Anteil am Vaterlande verschaffen und ihm dadurch das Vaterland lieb und wert machen.

Ist das nicht dasselbe Streben, das die moderne Arbeiterbewegung befeuert, wenn sie sich an der praktischen Gegenwartsarbeit beteiligt, um dadurch das Vaterland so auszugestalten, daß auch der unterste Arbeiter Ursache hat, seine Heimat zu lieben? Die klassenbewußten Proletarier haben wahrlich keine Veranlassung, die Zustände in ihrem Vaterlande zu verschlechtern, wie ihnen die Gegner aus Dummheit oder Böswilligkeit nachreden. Im Gegenteil, die Praxis zeigt uns, wie sorgsam sich die Arbeiterorganisationen bemühen, gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und in sozialpolitischer Beziehung Einrichtungen zu treffen, die das Vaterland wohllich und lebenswert machen. Das ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Arbeiter, und deshalb, weil uns das Heim näher ist als der Hock, legen wir unsre Vaterlandsliebe und unsre nationale Bestimmung durch die Tat an den Tag, ohne damit in marktschreierischer Weise herumzuplahlen. Das überlassen wir den Geschäftspatrioten, die den Mund so voll nehmen, sich aber im übrigen den Teufel um ihr Vaterland scheeren.

Daß das Kapital seiner innersten Natur nach international ist, sieht man bei näherer Betrachtung sofort. Ein Kapitalist steckt sein Vermögen in irgendein Unternehmen, wo es ihm hohen Gewinn verspricht. Beteiligt er sich an einer Unternehmung in seinem Vaterlande, so ist es gut, winkt ihm aber irgendwo im Auslande ein höherer Gewinn, so zieht er sein Kapital aus dem heimischen Betriebe heraus und legt es in ausländischen Betrieben an. Daraus erklärt es sich, daß wir das deutsche Kapital in aller Herren Länder finden und daß hinwiederum ausländisches Kapital in deutschen Unternehmungen „arbeitet“. Aus diesem Grunde sind die Kapitalisten geborene Internationalisten und es ist weiter nichts als eine widerliche Heuchelei, wenn sie sich in den Mantel des Nationalismus hüllen.

Bei den Arbeitern liegt die Sache gerade umgekehrt. Für sie kommen die nationalen Interessen in erster Linie, weil sie nicht in der Lage sind, ihr einziges Vermögen, die Arbeitskraft, bald im Inlande und bald im Auslande zu verwenden. Ein Kapitalist geht zur Bank und kauft sich ausländische Aktien und sonstige Wertpapiere, wenn das Geschäft in Deutschland darnieder liegt, ein Arbeiter liegt während einer Krise auf der Straße und kann seine Arbeitskraft nicht loswerden. Das ist der große Unterschied, der alles erklärt.

Wenn nun auch das Proletariat ganz von selbst die heimischen Verhältnisse zunächst bessern will und deshalb die internationalen Zusammenhänge nicht vergesse, Wir leben nun einmal im Zeitalter des Weltverkehrs, in dem die Verhältnisse des einen Landes durch die des andern im guten und schlechten Sinne beeinflusst werden. Daher greift die Arbeiterbewegung über die Grenzen des Heimatlandes hinaus und knüpft internationale Verbindungen an. Sie betont mit Recht die Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Kulturländern und sucht überall dem ausbeuterischen Kapital die Krallen zu beschneiden. So vereinigt sich Nationalismus und Internationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung — zum Segen der Ar-

beiter, zum Heile des Vaterlandes und zur Hebung der Kultur. Und mag man uns der Vaterlandslosigkeit zeihen und uns des Liebäugels mit dem Auslande verdächtigen, wir wissen, daß unser Internationalismus hervorgeht aus der Liebe zu unserm Heimatboden und aus dem festen Willen, uns ein Vaterland zu bauen, das wir lieben können. L.

### Nieder mit dem Sozialmoralismus.

Seit Jahren führt der bekannte Arbeitgebersekretär Dr. Alexander Tille einen erbitterten Kampf gegen den Sozialmoralismus, d. h. gegen das Bestreben, das wirtschaftliche und soziale Leben eines Volkes nach den Grundsätzen der Moral zu ordnen. Er vertritt den altmanchesterlichen Standpunkt, daß das Wirtschaftsleben mit Moral nichts zu tun habe und daß deswegen eine Sozialpolitik getrieben werden müsse, die von dem freisenden Gifte des Moralismus ungekränzt geblieben sei. Eine moralisierende Sozialpolitik ist das Ideal dieses Mannes, der seine Lebensaufgabe darin erblickt, seine Arbeitgeber gegen die auf eine Verbesserung der Lebenslage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter scharf zu machen. Und diese edle Tätigkeit übt er besonders dadurch aus, daß er den Arbeitgebern in Deutschland erzählt, sie seien den Arbeitern gegenüber auf allen Gebieten im Nachteil.

Gerren seiner scharfmacherischen Tendenz treibt er es manchmal zu toll, und wenn man seine Rede liest, die er neulich in einer Unternehmerversammlung gehalten hat, so sollte man glauben, die deutschen Unternehmer bildeten die unterdrückteste und unterdrückteste Klasse der Bevölkerung. Ohne eine Miene zu verziehen, erzählt er seinen gläubigen Zuhörern, daß seit dem Jahre 1880, dem Erlaß der bekannten kaiserlichen Botenschaft, alle Politik in Deutschland darauf hinauslaufe, den größeren Ertrag der nationalen Arbeit, der dem unermüdblichen Fleiße, der Tatkraft und der Tüchtigkeit des Unternehmertums zu verdanken sei, in die Taschen der Arbeiter hinüberzuleiten. Durch den Druck der Behörden und der Gesetze, sowie durch die unaufhörliche Heze der von Arbeiterfreundlichkeit triebenden Presse seien die Unternehmer gezwungen worden, den durch die Verbesserung der Produktionsweise entstandenen Mehrgewinn in Form von höheren Löhnen an die Arbeiterklasse abzugeben. Auch durch die verkehrte Steuerpolitik, die die großen Vermögen heranziehe, aber die Masse des Volkes unbeteuert lasse, würden die Kapitalisten immer mehr belastet, während die Klasse der Handarbeiter lediglich die Vorteile des Staates genieße.

Nachdem Dr. Tille in dieser Weise mit der Wahrheit schmeicheln und die Tatsachen auf den Kopf gestellt hat, übt er seinen Zuhörern vor, daß auch auf gesellschaftlichem und rechtlichem Gebiete der Arbeiter erheblich besser gestellt sei als der Unternehmer, was der Sozialmoralist auch für ganz selbstverständlich halte. Er behauptet nämlich folgendes und er findet damit sicherlich auch bei seinen Arbeitgebern Glauben: „Die deutsche Handarbeiterschaft ist zunächst mit Hilfe der Gesetzgebung und auf Kosten der Industrie in vieler Hinsicht der rauhen Wirklichkeit des Wirtschaftslebens entzückt worden und hat das Bewußtsein bekommen, der bevorrechtete Stand im Reiche zu sein, der sich alles erlauben darf. An und für sich schon ist der Handarbeiter rechtlich überaus günstig gestellt, wenn er nichts hat; denn zu tausend Verantwortlichkeiten, welche dem Besitzenden auferlegt werden, kann er nicht herangezogen werden. (Darnach ist also der ärmste Bettler am günstigsten gestellt!) Was wunder, wenn er sich darauf schlar macht? Die Gesetzgebung hat ihn dadurch noch sicherer gestellt, daß sie auch noch den Umfang begrenzt hat, in dem er seinen Lohn verwirken kann. Dadurch ist der Unternehmer dem Handarbeiter gegenüber in dieser Hinsicht rechtlos geworden. Während er dem Arbeiter für jede Kleinigkeit hafte muß, für die er garnichts kann, hafet ihm der Handarbeiter so gut wie für nichts. So ist es allmählich dahin gekommen, daß der Handarbeiter in die Lage veretzt worden ist, den Unternehmer gerichtlich auf alle Weise zu schikanieren.“ Auch auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags, des Koalitionsrechts, des Streikrechts usw. ist — wenn man Tille glauben darf — der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber im Nachteil. Im deutschen Reiche gilt — nach Tille — weder das gleiche Recht für Unternehmer und Arbeiter, noch die gleiche Rechtsprechung, überall ist der Arbeiter günstiger gestellt als der Unternehmer.

Aber daran ist lediglich der verfluchte Sozialmoralismus schuld, der von England nach Deutschland eingeschleppt worden ist und alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft durchstossen hat. Und dieser Sozialmoralismus, den Dr. Tille mit grimmigem Hasse verfolgt, weil er in die heilige Ausbeutungsfreiheit greift, dieses ausländische Gewächs zerstampft er in Grund und Boden. Man höre nur seine Ausführungen: „Seit dem Volkswirtschaftler Adam Smith ist die wissenschaftliche Welt sich darin einig, daß das Wirtschaftsleben mit seinen Handlungen und Unterlassungen ein selbständiges Lebensgebiet darstellt, das im wesentlichen moralisch neutral ist. Ob ich zu einem bestimmten Preise einen Kauf abschließe oder nicht, ob ich zu einem bestimmten Lohne jemand in Arbeit nehme oder nicht, darüber entscheidet in einem gewissen Wirtschaftsleben einzig mein Vorteil, und bei dem anderen Vertragschließenden der seine. Ein Vertrag, bei dem beide Vertragsschließende ihren Vorteil zu finden meinen, ist der gesunde wirtschaftliche Vertrag. In dieses wirtschaftliche Verhältnis hat nun der englische Sozialmoralismus dasjenige hineingetragen, woran das Arbeitsverhältnis heute krankt, den Moralismus. Sein eigentlicher Begründer ist Thomas Carlyle. Carlyle schwebte bei seinen Träumen die alten patriarchalischen Verhältnisse vor, unter denen der Unternehmer gewissermaßen der wirtschaftliche Vormund seiner Arbeiter war. Weil sie selbst unfähig waren zu wirtschaften und ihre Mittel auf ihre einzelnen Bedürfnisse zu verteilen, also hauszuhalten, leistete der Unternehmer diese Arbeit für sie, gab ihnen Wohnung und Nahrung und verkaufte ihnen Brot. Als die Entwicklung in England diese Verhältnisse eben durchbrach, suchte Carlyle sie durch eine neue Theorie zu halten. Carlyle war viel zu wenig Volkswirt, um sich um die Grundlagen des Wirtschaftslebens zu kümmern. Er erklärte einfach ganz allgemein die Unternehmer für die Stärkeren, die Handarbeiter für die Schwächeren und leitete aus diesem angeblichen Verhältnisse die Verpflichtung der Stärkeren zum Schutze und zur Fürsorge für die Schwächeren her. Er selbst war wenigstens noch Gegenständigkeitsmoralist. Er forderte dementsprechend von den Arbeitern auch Treue und gutes Verhalten gegenüber ihren Herren und Beschützern. Eine moralistische Be-

gründung für dieses wirtschaftsmoralistische Verhältnis fand er in dem Glauben an eine Fortdauer nach dem Tode und in der Arbeit. Sein Nachfolger und Fortsetzer war Benjamin Disraeli, der nachmalige Premierminister, der ebenfalls noch zu den Gegenständigkeitsmoralisten zählte. Auch er lobte Wohlthaten mit Treue.

Mit diesem Gegenständigkeitsmoralismus aber brachen bereits Arnold Toynbee und John Ruskin. Sie untergruben nicht nur die Grundlagen des patriarchalischen Verhältnisses von einst, indem sie die Handarbeiter wirtschaftlich zu bilden und zum Haushalten zu erziehen suchten, sondern sie stachelten sie auch zur gemeinsamen wirtschaftlichen Vertretung ihrer Interessen auf. Namentlich Toynbee erzog berufsmäßig Gewerkschaftsredner. In dieser Hinsicht war die Arbeit heider ganz zeitgemäß. Die Widersinnigkeit ihrer Tätigkeit bestand nur darin, daß sie trotzdem dem Unternehmertum lehrten, ja von ihm forderten, die väterliche Fürsorge für ihre Arbeiter immer noch zu steigern. Mit all den Wohlthaten, die sie nach Carlyle und Disraeli als die schwächeren erwiesen erhalten sollten, waren denn auch die englischen Arbeiter bald nicht mehr zufrieden. Sie wollten die Freiheit und sie wollten die Macht. Und bald erhob sich in England eine von Toynbee angeregte Literatur, welche den Arbeitern eine geschlossene Vertretung ihrer Standesinteressen in Gewerkschaften und durch Anstand und Bedrohung als moralische Standespflicht lehrte. So ward es Ehrensache für den englischen Handarbeiter, mit seiner Gewerkschaft den Unternehmer zu bekämpfen, und blieb Ehrensache für den englischen Unternehmer, dem Handarbeiter über den Lohn hinaus auch noch Wohlthaten zu erweisen. Das war der englische Sozialmoralismus ohne Gegenständigkeitsmoralismus, und diese erhabene Lehre ist durch Brentano und Stottenburg, Schulze-Gävernitz und Georg Adler nach Deutschland gebracht und dort ausgedehnt worden. Sie beherrscht heute auch die deutsche öffentliche Meinung: für den Handarbeiter ist es danach eine unbedingte Pflicht, seine Standesinteressen wahrzunehmen, auch durch Streik, Streikposten, Bedrohung Arbeitswilliger und Verurteilungen. Sobald der Unternehmer aber das gleiche verflucht, sobald schreit man über eine Vergewaltigung der Schwachen! Daran ist aber auch das deutsche Unternehmertum mit schuld: es hat sich nicht selbst nur durch den Sozialmoralismus einfeilen lassen, sondern es hat auch vergessen, daß es eine ebenso tatkräftige politische Wahrnehmung seiner Arbeitgeberinteressen braucht, wie sich die Handarbeiterschaft eine solche in der politischen Sozialdemokratie geschaffen hat. Es hat vergessen, daß das Wirtschaftsleben ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt sein will, und nicht von moralischen. Statt beim ersten Niederlag die Löhne herabzusetzen und im Arbeiter dadurch die Erinnerung daran lebendig zu erhalten, daß er in der Welt der Wirklichkeit lebt, hält es der deutsche Unternehmer immer noch für seine Pflicht, für möglichst gleichmäßige Bezahlung des Arbeiters zu sorgen, damit dessen Haushalt nur ja keine Erschütterung erfahre. Statt beim ersten Niederlag die unruhigen Leute zu entlassen, welche den Werkfrieden stören, entläßt er zunächst die unverheirateten, weil diese keine Familien zu versorgen haben.“

Und die Folge dieses Sozialmoralismus ist, daß der Handarbeiter heutzutage die erste Rolle im Staate spielt, daß er ein höheres Einkommen hat, als die Beamten und Bürger und Bauern, daß er sich alles erlauben darf und dem Unternehmertum auf der Nase tanzt. Schrecklich, schrecklich! Wir würden die Wirkung dieses grössten Übels abschwächen, wenn wir auch nur ein Wort der Widerlegung daran verschwenden wollten. Aber das wollen wir dem mit dem Doktorittel geschmückten Unternehmertum und Scharfmacherbildung doch mitteilen, daß wir von dem Sozialmoralismus des Unternehmertums noch nichts gemerkt haben — viel mehr aber von seiner Ausbeutungsgier — und daß wir auch nichts davon wissen wollen. Wir verzichten auf die väterliche Fürsorge und die Wohlthaten der Unternehmer, dagegen verlangen wir unser gutes Recht; wir wiegen uns nicht mehr in dem Wahn ein, daß wir die Schwächern seien und der Hilfe von oben bedürften, sondern wir stützen uns auf unsere eigene Kraft und wollen uns ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen. Darum rufen auch wir: „Nieder mit dem Sozialmoralismus, weil er ja doch nur ein Blendwerk ist, um die Klassen-gegenstände zu verhüllen!“ Wir fordern Ellenbogenfreiheit, damit wir im ehrlichen Kampfe unsere Kräfte mit dem Ausbeutertum messen können. Und dann wird sich zeigen, wer Steger bleibt.

### Lohnbewegung.

Ruzua ist fernzuhalten nach: Elmshorn und Schneidemühl.

### Aus unserem Berufe.

Wschaffenburg. Nachdem im vorigen Jahre die im Wschaffenburg Gebiet vorhandenen Mitglieder der Filiale Frankfurt a. M. als Einzelmitglieder angegliedert wurden, ist es nunmehr durch eine intensive Agitation wiederum gelungen, eine Anzahl Kollegen in Wschaffenburg, Groß-Ohlheim, Obernau und Schweinheim dem Verbande zuzuführen, so daß wiederum eine Zahlstelle gegründet werden konnte, die bei weiterer emsiger Aufklärungsarbeit zu den besten Hoffnungen berechtigt. Es ist aber auch durchaus erklärlich, wenn die Wschaffenburg Kollegen immer mehr zu der Ueberzeugung gelangen, daß sie eine starke Organisation zu ihrer Interessenvertretung notwendig haben. Denn der zurzeit bestehende Tarif, der im Jahre 1905 vom christlichen Bauhandwerkerverband abgeschlossen wurde, hat die Lohn- und Arbeitsverhältnisse keineswegs genügend geregelt und verbessert. Besonders die jungen Kollegen sind dabei vollständig leer ausgegangen, indem für sie in keiner Weise ein bestimmter Lohn nach unten festgesetzt wurde. Diesen Mangel im Tarif müssen die Arbeitgeber auch reichlich aus und zahlen Stundenlöhne von 20 und 25 Pf. für die jungen Gehilfen. Aber auch die Löhne der älteren Kollegen sind, unter Berücksichtigung der fortgesetzt steigenden Mehrausgaben, durchaus niedrig, die übrigen Lohn- und Arbeitsbedingungen lassen im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig und stehen gegenüber den benachbarten Städten noch sehr zurück. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Kollegen durch den neu abzuschließenden Tarif eine Verbesserung erstreben. Kollegen von Wschaffenburg, es ist



höchste Zeit, daß Ihr Euch mehr wie bisher um Eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse kümmert und durch tatkräftiges Vorgehen den Weg zur Selbsthilfe durch die Organisation energisch betretet.

Bremen. Am 14. August tagte eine Mitgliedserversammlung im Gewerkschaftshaus. Diese beschäftigte sich mit der Wahl eines Delegierten zu den demnächstigen Verhandlungen über den Reichstarif.

Corbach (Waldeck). Endlich ist es auch in Corbach gelungen, festen Fuß durch die Organisation zu fassen. Es war aber auch die höchste Zeit, daß sich die Berufscollegen besannen, ihre Interessen durch die Organisation zu verbessern.

Eimsborn. Der Zuzug der arbeitslosen Kollegen hatte in letzter Zeit etwas nachgelassen, aber trotzdem haben sich unsere Arbeitgeber bis so weit gehalten. Die schlechte Witterung dieses Jahres hat ihnen gute Dienste getan.

Herr Josias Matthiesen hat noch immer Pech. Ein in Hamburg verheirateter Kollege, der ihm versprochen, mit Familie hierher zu ziehen, mußte dazu notwendig 30 M. Vorkauf gebrauchten.

Es ist alles versucht worden, Gehilfen auf längere Dauer beschäftigen zu können. So hatte Herr Sachau einen jungen Wärfährigen Kollegen überredet, mit ihm einen Kontrakt abzuschließen, laut dem er mit 1400 M. jährlich als „Werkführer“ in die betreffende Werkstelle eingestellt wurde.

Bereinigungen mit unrenn Zimmungsstrauern haben wir nicht nötig, es verlangt niemand danach, aber in der in vorletzter Woche abgehaltenen Meisterversammlung haben diese Krauter beschlossen (um sich nicht noch lächerlicher zu machen), die Aussperrung bis zum 1. Jan. durchzuführen.

„Nachher geht us de Saat nichts mehr an, denn kommt de Arbeitgeber-Verband, de schall jüm woll kriegen.“

In Kronach ist es nun auch zur Gründung einer Filiale gekommen, nachdem seit Wochen die Vorarbeiten in rühriger Weise durch das Gewerkschaftskartell betrieben worden waren.

Arbeitslosenstatistik der Filiale Kiel für das erste Halbjahr 1909.

Für den Monat Januar:

Table with 15 columns: Zahl der Befragten, Zahl der Arbeitslosen, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Zahl der Kranken, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Lohnverlust wegen Arbeitsmangel, Lohnverlust wegen Krankheit, Durchschnittlicher Stundenlohn.

Für den Monat Februar:

Table with 15 columns: Zahl der Befragten, Zahl der Arbeitslosen, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Zahl der Kranken, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Lohnverlust wegen Arbeitsmangel, Lohnverlust wegen Krankheit, Durchschnittlicher Stundenlohn.

Für den Monat März:

Table with 15 columns: Zahl der Befragten, Zahl der Arbeitslosen, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Zahl der Kranken, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Lohnverlust wegen Arbeitsmangel, Lohnverlust wegen Krankheit, Durchschnittlicher Stundenlohn.

Für den Monat April:

Table with 15 columns: Zahl der Befragten, Zahl der Arbeitslosen, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Zahl der Kranken, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Lohnverlust wegen Arbeitsmangel, Lohnverlust wegen Krankheit, Durchschnittlicher Stundenlohn.

Für den Monat Mai:

Table with 15 columns: Zahl der Befragten, Zahl der Arbeitslosen, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Zahl der Kranken, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Lohnverlust wegen Arbeitsmangel, Lohnverlust wegen Krankheit, Durchschnittlicher Stundenlohn.

Für den Monat Juni:

Table with 15 columns: Zahl der Befragten, Zahl der Arbeitslosen, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Zahl der Kranken, Prozenten, Zahl der Tage, Tage auf pro Kopf der Befragten, Lohnverlust wegen Arbeitsmangel, Lohnverlust wegen Krankheit, Durchschnittlicher Stundenlohn.

Arbeitslosen-Statistik aus dem 2. Bezirk für Monat Juni 1909.

Table with 15 columns: Filiale, Zahl der Mitglieder, Zahl der Befragten, Zahl der Arbeitslosen, Zahl der Tage, Zahl der Tage auf pro Kopf, Lohnverlust, Lohnverlust pro Tag und Kopf.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Kampf im Hamburger Baugewerbe hat sein Ende gefunden auf Grund nachstehender Bedingungen: Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter im Gebiete des Vier-Städte-Bundes Hamburg, Altona, Wandsb., Wilhelmsburg, Harburg, Köfstedt, Langenfelde, Stellingen und Eidelstedt nehmen die Arbeit zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen sofort wieder auf.

Die Betonarbeiter nehmen die Arbeit unter den im Jahre 1907 vereinbarten Bedingungen (Tarifvertrag 1907) wieder auf und erhalten ebenfalls am 1. April 1910 eine Lohnerhöhung von 3 % und am 1. Juli 1910 eine solche von 2 %.

Bezüglich der andern an der Aussperrung beteiligten Gewerbe: Schloffer, Klumpner, Gipsr, Kunststeinarbeiter, Glaser, Dachdecker, Plattenanleger, Steinmetzen und Warmwasserarbeiter wurde folgende Vereinbarung getroffen: Die an der Aussperrung bzw. am Streit beteiligten Gewerbe nehmen zu den früheren Lohn- und Arbeitsbedingungen sogleich die Arbeit wieder auf.

Sollten die paritätischen Kommissionen nicht über alle Differenzpunkte zur Einigung gelangen, so finden zur Beilegung der übrig gebliebenen Streitpunkte Verhandlungen zwischen Vertretern der betreffenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpartei unter Leitung eines Unbeteiligten statt.

Die Arbeit ist inzwischen wieder aufgenommen worden. Wenn auch die errungene Lohnerhöhung nicht gerade bedeutend ist, so muß dabei berücksichtigt werden, daß es den Hamburger Arbeitern gelungen ist, den Anprall des vereinigten Unternemertums siegreich zurückzuschlagen und oben drein noch einige Vorteile herauszuholen.

Johannes Efftinge, der zweite Vorsitzende des Maurerverbandes, ist am 20. August in Wandsb. gestorben. Er hat ein Alter von nur 45 Jahren erreicht. Ein Proletarier von Geburt, hat er das Glend der Arbeiterklasse von früh auf kennen gelernt.

Die Kieler Polizei und die Engländer. Die englische Presse beschäftigt sich sehr lebhaft mit dem Abenteuer, das dem Genossen Macdonald in Kiel widerfahren ist. Es ist nicht nur in Kiel die Veranlassung unter freiem Himmel, in der Genosse Macdonald neben dem schwedischen Genossen Niesson und dem Dänen Genossen Meyer sprechen sollte, verboten worden, sondern es wurde auch dem Genossen Macdonald durch den Regierungspräsidenten von Kiel überhaupt unmöglich gemacht, zu den Kieler Arbeitern zu sprechen.



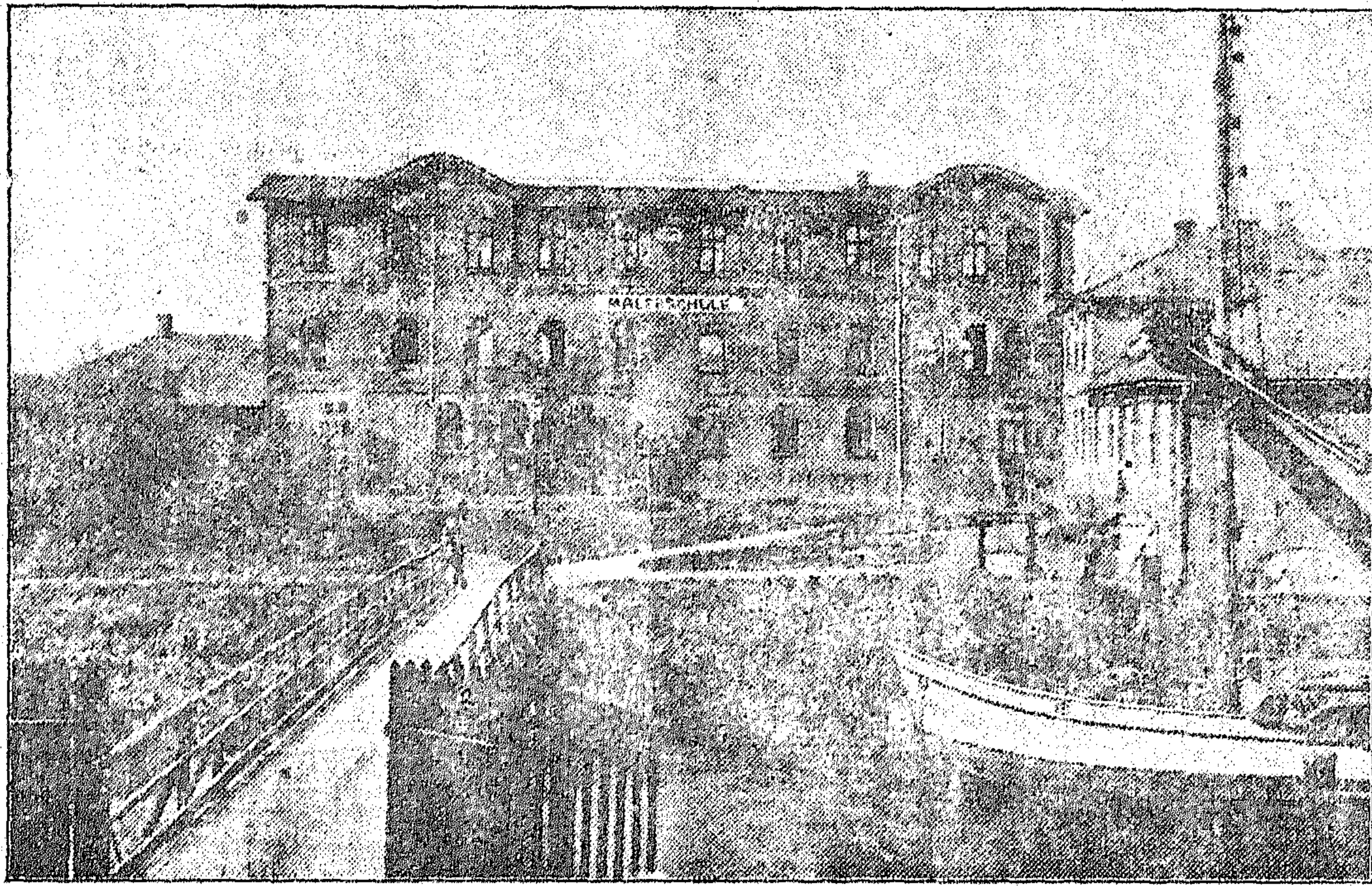
# Malerschule Buxtehude

Provinz Hannover. © Direktor A. Eiserwag.

**Jüngste Auszeichnungen der Schule:** 1909: Grosse silberne Medaille der Stadt Gera; 1908: Malertag der Provinz Brandenburg zu Frankfurt a. O., Silberne Medaille; 25jährige Jubiläumsfeier des Malerunterverbandes der Provinz Sachsen, Thüringen, der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig zu Halle a. S., 1. Preis; 1907: Ausstellung des Allgemeinen deutschen Malerbundestages im Künstlerhause zu Hannover die grosse silberne Medaille.

1907: 1. Preis, Zerbst. 1906: Auf der Kunstgewerbe- und Malerfach-Ausstellung von Rheinland und Westfalen. 5. bis 28. Mai in Dortmund. Das „Ehren-Diplom“, die höchste Auszeichnung für hervorragende Leistungen, ferner einen „Silbernen Ehrenpreis“ der westfälischen Städte. Im Februar 1906: Die grosse „goldene Medaille“ auf dem Malerverbandstage der Provinz Sachsen-Thüringen etc. Ferner im Februar 1906 den höchsten Preis die „grosse silberne Medaille“ auf dem Malertage der Provinz Brandenburg zu Spandau.

Auszeichnungen der Schule: Im Juni 1905 auf dem allgemeinen deutschen Malerbundestage zu München die „grosse silberne Medaille“. Im Februar 1905 auf dem Malertage der Provinz Sachsen, Thüringen, Herzogtum Anhalt und Braunschweig zu Osterburg die „grosse goldene Medaille“. Im Februar 1904 auf demselben Malertage zu Bernburg die „grosse silberne Medaille“. Im Juli 1903: Malertag von Rheinland und Westfalen zu Coblenz „höchste Aus-



Gebäude der Malerschule.

zeichnung für auswärtige Fachschulen“. Erfurt: 1. Preis. Am 2. März 1902 auf dem Unterverbandstage für Schleswig-Holstein in Bad Segeberg „1. und höchster Preis“. Am 17. Februar 1902: Unterverband der Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt und Braunschweig zu Dessau: „1. Preis“, sowie die folgenden Auszeichnungen: Auf dem deutschen Malerbundestage zu Danzig: 1. Preis.

Malerverbandstag der Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt und Braunschweig zu Magdeburg 1891: 1. Preis. Prämiert 1901 in Breslau. Unterverbandstag der Provinz Brandenburg zu Wittenberge: Der erste Preis, mit dem Bemerken, dass die Malerschule auf der Höhe der Zeit. Prämiert 1900 in Eisleben. Auf dem Malertag von Rheinland und Westfalen zu Barmen: 1. Preis. Kaiserjubiläums-Fachausstellung zu Troppau, Oesterreich: Grosse silberne Medaille. Norddeutsche Ausstellung zu Lübeck: 2 grosse silberne Medailen. Dortmund, Leipzig etc.: 1. Preis. Nordwestdeutsche Ausstellung zu Bremen: Ehrendiplom.

Die Fachschule für Dekorationsmaler, welche seit 32 Jahren besteht, stellt sich die Aufgabe, die Schüler zu praktisch und künstlerisch geübten Dekorationsmalern heranzubilden. Weiter bestehen an der Schule auch eine Abteilung „Vorschule zur Akademie“ sowie die Abteilung für „Glasmaler, Musterzeichner und Kunstglaser.“ Die Frequenz der Schule im Winter beträgt ca. 110—120 Schüler. — Es wird gelehrt:

**Freihandzeichnen:** Zeichnen nach Vorlagen, Modellen und nach der Natur in jeder Technik.

**Flachmalen und Aquarell- und Leimfarben:** Malen von farbigen modernen Flächendekorationen. **Schilder- und Schriftenmalen.**

**Leimfarbenmalen:** Zeichnen und Malen moderner Decken und Wanddekorationen, Malen plastischer Dekorationen verschiedener Stilformen nach Gips und gemalten Vorlagen. — **Holz- und Marmor-Malen.**

**Stilisierübungen:** Verwendung von Pflanzen und Blumen-Motiven zum Entwerfen von Friesen, Füllungen, Ecken u. Wandmustern in Aquarell- u. Leimfarben.

**Ornamentales Entwerfen:** Entwerfen und Ausführen von Decken und Wänden in moderner Stilart nach gegebenen und Naturmotiven.

**Blumenmalen:** Blumen- und Frucht-Arrangements nach Vorlagen und nach der Natur bei leicht fasslicher Technik in Aquarell, Leimfarbe, Tempera und Öltechnik.

**Skizzieren:** Skizzieren nach der Natur in der Klasse und im Freien. Skizzieren und Entwerfen von Wand- und Decken-Skizzen verschiedener Stilformen.

**Figurenzeichnen und -Malen nach Vorlagen, nach Gips und nach der Natur.** (Aktzeichnen und -Malen, Atelierunterricht mit Tagesoberlicht-Einrichtung.)

**Dekoratives Malen:** Dekoratives Malen in allen Stilen und Ausführen von ganzen Innendekorationen. Malen von Stilleben nach der Natur.

**Landschaftszeichnen u. Malen:** Zeichnen und Malen von Landschaftsdetails nach Studien und im Freien, vornehmlich moderne dekorative Landschaft.

**Architekturmaler** für Theater-Dekoration, Gebäudeteile, Gebäude und ganze Gruppen mit landschaftlichem Beiwerk.

## Abend-Unterricht. — Vorträge mit Uebungen.

**Geometrisches Zeichnen:** Füllungen und Deckeneinteilungen.

**Proportionslehre:** Darstell. Geometrie, Licht- u. Schattenlehre, Perspektive.

**Architektonische Formenlehre:** Die Gesimsformen, Säulenordnungen

und Entwerfen von architektonischen Decken- und Wandeinteilungen.

**Ornamentale Formenlehre:** Die Entwicklung des Ornaments in den verschiedenen Stilperioden.

**Farbenlehre:** Ueber Harmonie der Farben. Neu eingeführt: **Farbenchemie.**

**Anatomie und Proportionslehre:** Knochenbau, Muskulatur und Verhältnisslehre der menschlichen Figuren.

**Kunstgeschichte.**

**Buchführung und Geschäftskunde.**

**Rundschriftschreiben.**

Die Vorträge werden gehalten in den Abendstunden von 6—7 Uhr. Vorträge mit Uebungen beginnen um 5 Uhr.

Durch unsere einfache praktische Lehrmethode erreichen wir schon bei Schülern im ersten Semester grössere Erfolge.

Wie denn ja auch all die bedeutenden Erfolge und höchsten Auszeichnungen der Anstalt im Kunst- und fachgewerblichen Unterrichtswesen es täglich beweisen, auf welchem richtigen Wege die Schule in der Ausbildung ihrer Schüler fortschreitet.

Wir Lehrer werden gewahr, wie die Schüler bei Fleiss und Strebsamkeit schon in einem Semester vorwärts kommen, welche erstaunliche Menge von selbst entworfenen und gut ausgeführten Dekorations-Malereien dieselben mit in die Praxis nehmen.

Jeder Schüler wird einzeln unterrichtet und derselbe kann sich unter Beirat des Lehrers sein Arbeitsfeld, wie er es für die Praxis braucht, selbst wählen. So bietet somit unsere älteste, auf längste und beste Erfahrungen zurückblickende, praktisch bewährte Fachschule, besonders bei der jetzigen Unterrichtsmethode, die beste Gewähr, bei eifrigem Wollen und entsprechender Begabung des Schülers in kurzer Zeit das gesteckte Ziel zu erreichen. Der Schüler soll nicht mit unnötigen, unpraktischen Vorübungen aufgehalten werden. Derselbe bekommt gleich praktischen Unterrichtsstoff zum Zeichnen und Malen, damit er möglichst bald Brauchbares schaffen lernt, um für die Praxis vollkommen ausgerüstet zu sein.

Die ersten Arbeiten der Schüler werden entweder nach grossen von uns entworfenen und in der neuesten Technik gemalten Leimfarben-, Tempera- und Oelfarben-Dekorationen oder nach kleinen Skizzen unserer Werke und anderen selbständig ausgeführt, sowie auch besonders nach Naturmotiven.

Nach obigen Vorübungen beginnt der Schüler nach Naturmotiven selbständig zu entwerfen und auszuführen.

**Unterrichtszeit.** Der Unterricht dauert vom 2. No-

vember bis 29. März. Vorkursus vom 1. bis 28. Oktober. Sommersemester vom 1. Mai bis 28. September. Der Unterricht beginnt um 8 Uhr und dauert bis 7 Uhr abends mit den notwendigen Pausen.

**Schulgeld.** Das Schulgeld ist bei Beginn des Semesters zu entrichten und beträgt Mk. 133.— pro Wintersemester (2. November bis 29. März). Der Besuch des Vorkurses vom 1. bis 28. Oktober 20 Mark.

**Wohnung.** Den Schülern werden passende Wohnungen zu billigen Preisen mit ganzer oder halber Pension nachgewiesen.

Die Gesamtkosten würden sich für einen sparsamen Schüler ungefähr auf 370 bis 400 Mark belaufen.

**Zeugnis.** Zeugnisse werden am Schlusse des Semesters ausgestellt.

**Abgang.** Den Schülern können auf Wunsch beim Abgange gute Stellen vermittelt werden.

**Utensilien.** Staffeleien, Rahmen, Farbenkasten werden gratis zur Verfügung gestellt, ebenfalls steht die Vorlagensammlung den Schülern zur Benutzung offen.

Die Stadt Buxtehude ist Station der Unterelebschen Eisenbahn und von Hamburg per Bahn in einer und per Dampfboot in drei Stunden zu erreichen. Für die Züge über Hannover und Bremen ist Harburg die Endstation und beträgt die Bahnfahrt auf der Unterelebschen Eisenbahn bis Buxtehude noch eine halbe Stunde.

Die Stadt liegt in schöner Umgebung, ganz vom Wasser eingeschlossen, woran sich, malerisch gelegen, Orte und Waldpartien anschliessen, deren Motive auch von auswärtigen Landschaftsmalern viel benutzt werden. Im Laufe des Semesters werden unter Führung des Direktors und der Lehrer Ausflüge unternommen, so auch nach Hamburg, um die dortigen Sehenswürdigkeiten auf kunstgewerblichem Gebiete zu studieren.

Einen ganz besonderen Vorzug hat die Schule durch das von der Stadt gestellte, auf der Hafensinsel voll-

ständig frei gelegene Gebäude, in welchem die Lehrsäle, ohne die Räume für Verwaltungszwecke, allein 762 Quadratmeter einnehmen. Der Oberlichtsaal mit 188½ Quadratmetern, Aktsaal 75 Quadratmetern, zweiter Malersaal 167 Quadratmetern, grosser Zeichensaal 149 Quadratmetern, Vortragssaal 68 Quadratmetern.

Ein ausführliches Programm erhält man unentgeltlich. Auch ist der Direktor zu jeder weiteren Auskunft gern bereit.

**Vorbereitung zum Meisterexamen.** „Älteren Schülern, welche sich hier die Reifekenntnisse dazu erwerben wollen, wird dadurch ein besserer Ausweis ihres Könnens in die Hand gegeben, demzufolge es ihnen leichter wird, gute Stellungen in der Praxis zu erhalten“, oder die Meisterprüfung in der Heimat mit Auszeichnung bestehen zu können.

Berechtigung zum Einjährigen-Dienst kann sich bekanntlich laut Militärgesetz derjenige erwerben, welcher in einem Kunstgewerbe künstlerische Arbeiten zu schaffen versteht. An hiesiger Schule ist daher die Einrichtung getroffen, dass der Schüler ausser der selbstverständlichen künstlerischen Ausbildung auch noch Nachhülfsstunden in dem zum Examen nötigen Wissen erhalten kann.

In der letzteren Zeit erhielten vier Schüler auf Grund ihrer künstlerischen Ausbildung an hiesiger Schule die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst.

Bei Nichtverwendung bitte dieses Blatt an andere Interessenten weiter zu geben, denn je allgemeiner die Ausbildung der Fachangehörigen wird, je besser ist es für das Aufblühen und Aufsteigen des gesamten Malerischen Kunstgewerbes.

Da die Erfolge der Schule wohl fast allgemein bekannt sind, verzichtet die Schulleitung, Belobigungen und lobende Kritiken im einzelnen weiter anzuführen.



Wie aus dem Bericht englischer Zeitungen hervorgeht, war sogar die Ausweisung des Gen. Macdonald in Aussicht genommen. Eine nach Berlin gerichtete telegraphische Beschwerde hatte insoweit Erfolg, daß von einer Ausweisung abgesehen wurde, doch verblieb es bei dem Verbot. Und das muß gerade einem Mann passieren, der erst vor wenigen Monaten in offizieller Mission als Vertreter der englischen Arbeiter in Berlin gewirkt und mit dem damaligen Staatssekretär des Innern, jetzigen Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Beziehungen geknüpft hat. Macdonald wird jetzt die Gesellschaft, in der er sich damals befand, jedenfalls besser einschätzen können. Den preussischen Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg trifft aber der Vorwurf, daß er die unwürdige Behandlung des englischen Parlamentariers wesentlich gebildet und damit neue Verstimmungen in England hervorgerufen hat. Es wird sich ja sicherlich noch Gelegenheit ergeben, Herrn v. Bethmann-Hollweg wegen seines Verhaltens im Reichstag zur Rede zu stellen und man wird ihn dann daran erinnern dürfen, mit welcher Feindseligkeit er bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes die Absicht einer schlanlosen Auslegung des Gesetzes, namentlich des Sprachenparagraphen, bestritten hat.

Der Verbaub der Fabrikarbeiter Deutschlands hat statistische Erhebungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder veranstaltet, deren erster Teil kürzlich erschienen ist. Es waren 140 000 Fragebogen ausgegeben worden, von denen reichlich 81 000 ausgefüllt zurückkamen. Hier von mußten noch ca. 2000 als unbrauchbar ausgeschieden werden, sodaß 79 140 Bogen zur Verarbeitung blieben. Davon stammten 73 080 von männlichen und 6052 von weiblichen Mitgliedern. Hinsichtlich der Arbeitszeit wurde folgendes festgestellt:

Arbeitszeit	Zahl der Beteiligten		Prozentsatz der Beteiligten	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
über 8 Std.	779	22	1,0	0,4
8-9 "	5 052	721	6,9	11,9
9-10 "	56 760	4 623	77,7	76,4
10-11 "	7 618	656	10,5	10,8
11-12 "	2 196	24	3,0	0,4
12 "	683	6	0,9	0,1

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß der größte Teil sowohl der männlichen als auch der weiblichen Arbeiter 10 Stunden arbeiteten. Unter 10 Stunden arbeiteten 20 Prozent der männlichen und 27 Prozent der weiblichen Mitglieder; über 10 Stunden 14,4 Proz. der männlichen und 11,3 Prozent der weiblichen Mitglieder.

Die Entlohnung fand bei 55 008 = 76 Prozent der männlichen und bei 3678 = 60 Prozent der weiblichen Mitglieder in Zeitlohn, bei den übrigen in Akkord statt. Der Arbeitslohn, der pro Woche erzielt wurde, hatte unter Abrechnung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit die folgende Höhe. Es verdient pro Woche:

Arbeitsverdienst	Männliche Arbeiter		Weibliche Arbeiter	
	absolut	in %	absolut	in %
bis 8 Mark			543	8,9
8-10 "	823	0,1	11 789	29,5
10-12 "			2 036	23,8
über 12-15 "	3 444	4,7	1 219	20,2
15-18 "	12 775	17,5	399	6,5
18-20 "	11 519	15,8	50	0,8
20-25 "	30 041	40,8		
25-30 "	12 025	16,4	16	0,3
30-35 "	2 133	3,0		
35 "	530	0,7		

Diese Tabelle zeigt, daß die Lohnverhältnisse bei den Fabrikarbeitern, besonders bei den Arbeiterinnen noch recht traurige sind. Der durchschnittliche Wochenverdienst für alle Arbeiter beträgt 22,08 M., für alle Arbeiterinnen nur die Hälfte, nämlich 11,54 M. Nur 66 Arbeiterinnen erreichten einen Lohn von über 18 und nur 16 einen solchen von über 20 M. Das ist noch nicht einmal 1 Prozent aller.

Sehr interessant ist die Feststellung, die die Bearbeiter der Erhebung über den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitslohn machen. Es zeigt sich auch hier wieder der alte Erfahrungssatz bestätigt, daß die am längsten arbeitenden Arbeiter die am schlechtesten entlohnt sind und umgekehrt. Folgende Aufstellung gibt darüber Auskunft:

Tägliche Arbeitszeit	Beteiligte Personen	Durchschnittsverdienst	
		pro Woche	pro Stunde
8 Stunden	779	M 26,73	55,73
8 1/2 "	390	" 26,46	51,90
9 "	4 662	" 24,68	45,70
9 1/2 "	8 834	" 24,34	42,70
10 "	47 926	" 21,92	36,50
10 1/2 "	3 276	" 20,79	33,00
11 "	4 342	" 20,46	31,00
11 1/2 "	412	" 19,67	28,50
12 "	1 784	" 19,73	27,40
über 12 Std.	683	" 20,21	26,31

Der Lohn, der in einer bestimmten Arbeitszeit verdient wird, steht sonach im umgekehrten Verhältnis zur Dauer der täglichen Arbeitszeit.

**Baukontrollen aus den Reihen der Arbeiter.** Seit Jahren stellen die Arbeiter des Baugewerbes viele Forderungen, ohne bislang irgendwelche namhafte Erfolge damit erzielt zu haben. Auf dem Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstag, einer Versammlung hornierter Plänkler, wurde beschlossen, den Bundesregierungen eine Eingabe zu unterbreiten, die sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Anstellung von Arbeiterkontrollen ausspricht. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag begründet diese Stellungnahme folgendermaßen:

1. Die Arbeiter sind zur Kontrolle auf Bauten nicht geeignet, weil sie die dazu nötigen Vorkenntnisse im allgemeinen nicht besitzen.
2. Die Regelung des Bauarbeiter-schutzes bleibt besser in den Händen der einzelnen Bundesstaaten.
3. Die verfuhrweise Anstellung von Arbeiterkontrollen hat in vielen Fällen einen Verschlechterung, nicht

aber eine Verbesserung des Arbeiterschutzes zur Folge gehabt. Die Unfallstatistik bietet dazu das nötige Material.

4. Eine zuverlässige Baukontrolle ist am besten durch das Interesse garantiert, das die Baugewerks-Berufsgenossenschaften an der Verhütung von Unfällen haben.

5. Die Zuziehung der Arbeitnehmer zur Baukontrolle würde der sozialdemokratischen Propaganda einen willkommenen Vorstoß leisten und das ohnehin schon schlechte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bis zur Unerträglichkeit steigern.

Der Inhalt dieser Eingabe deckt sich mit zahlreichen Klagen, die aus den verschiedensten Kreisen von Industrie und Handwerk erfolglos sind. Die reaktionäre Cippischkeit stellt hier mit großer Dreistigkeit Behauptungen auf, für die nicht der Funke eines Beweises zu erbringen ist.

In Bremen scheint man anderer Meinung zu sein, denn in einem Berichte der dortigen Polizeidirektion findet sich folgende Bemerkung: „Die bisher mit der Kontrolle beauftragten Bauaufseher sind anderweitig zu stark in Anspruch genommen, als daß es möglich wäre, eine ständige Kontrolle über die Beachtung der Arbeiterschutzbestimmungen mit dem vorhandenen Beamtenpersonal durchzuführen. Die Polizeidirektion hält eine solche Kontrolle in der Weise für unerlässlich, daß eigene dazu berufene Beamte von Bau zu Bau gehen und die getroffenen Einrichtungen einer genauen Prüfung unterziehen. Ohne eine derartige Maßnahme wird die Beförderung in den meisten Fällen von den vorgekommenen Verletzungen zu spät unterrichtet werden und sich auf eine nachträgliche Bestrafung zu beschränken haben, während es vor allem darauf ankommt, rechtzeitig einzuschreiten und durch strenge Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Unglücksfälle, so weit möglich, vorzubeugen.“

Diese von der Behörde offen ausgesprochene Einsicht ist sehr erfreulich. Nicht nur, weil sie die von der Arbeiterschaft aufgestellten Behauptungen von der ungenügenden Kontrolle der Bauten bestätigt, sondern vor allem, weil die maßgebenden Körperschaften, aus dieser Einsicht heraus handelnd, zugleich auch einen Schritt in dem Ausbau der Baukontrollen weiter gehen wollen, denn der Bericht sagt weiter: „Was das Maß der Befähigung der angestellten Beamten anlangt, so ist die Polizeidirektion nach gutachtlicher Meinung der Gewerbeamtstag der Ansicht, daß die zu schaffenden Stellen am geeignetsten mit älteren Beamten besetzt werden, die neben praktischer Tüchtigkeit und Erfahrung auch über die erforderlichen technischen Kenntnisse verfügen.“

Eine solche Regelung ist ein Fortschritt insofern, als damit zugestanden ist, daß sich Arbeiter sehr wohl dazu eignen, Aufgaben, wie sie die Baukontrollen stellen, zu erfüllen.

**Fort mit den Idealen!** Die Nationalliberalen, deren Block mit den Konservativen auseinandergeplatzt ist, sehnen sich wieder nach einem Bündnis mit den Agrariern. In liberalen Blättern kann man lesen: „Wir leben in einer nüchternen, in keiner Idealwelt. Ideale sind schön, Programme mögen gut sein. Aber mit Programmen und Idealen allein kann man keine Politik machen. Unser Rechenexempel weist auf die unumstößliche Notwendigkeit hin, daß sich, mag vorgekommen sein, was wolle, Liberale und Konservative wieder miteinander vertragen. Nur durch energische Berücksichtigung dieser Notwendigkeit kann die neu angebrochene Zentrumshegemonie gebrochen und so dem Liberalismus wieder der gebührende Einfluß im Reichsparlament eingeräumt werden. Wir sagen das alles nicht — trübsinnigen Nennmerkmalen sei es besonders bemerkt — um der schönen Augen der Konservativen willen, denen man liberalerseits deshalb noch lange nicht den Vudel hinauf und hinunter zu rufen braucht, wir sagen das lediglich im liberalen, besonders im nationalliberalen Interesse, damit also erhöht im Sinne des Vaterlandes. Darum: endlich hinweg mit den täglichen, ellenlangen Streit- und Dezartikeln zwischen Konservativen und Liberalen! Hinweg mit sentimentaler Vergeltungs- und Rachepolitik! „Einer muß den Anfang machen mit dem Vergeben!“ sagt Hörsinghner Hörsingh, der selbst politisch wahrlich kein sanfter Strup- und Schlaghahncharakter ist. Frage also bei uns habeim im deutschen Vaterlande der Klügere an mit dem Vergeben! Auch dazu gehört Mut.“

Die „Zentrumshegemonie“ muß den auf nationalliberale Gemüter immer wirksamen Vorwand liefern, um sich wieder an die Konservativen heranzuschlingeln und auf solche Weise wieder den „gebührenden Einfluß“ im Parlament zu gewinnen. Dann kann ja die Volksherrschung in verhöfelter Auflage von neuem wieder losgehen.

**Die armen Unternehmer!** Wenn man die Scharfmacherpresse liest, so sollte man meinen, die Unternehmer befänden sich in einer wirtschaftlich gedrückten Lage, während die Arbeiter im Fett lägen. Auch die Handelskammer in Mühlhausen (Thüringen) stößt in dies Horn, indem sie in ihrem Jahresbericht schreibt: „Für den Abgang unserer Erzeugnisse im Ausland ist der Preis und die Güte derselben maßgebend; der erstere regelt sich nach den Herstellungsstellen, und diese werden bei uns ganz erheblich durch die hohe Besteuerung zu den durch unsere soziale Gesetzgebung geschaffenen Arbeiterwohlfahrtsinstitutionen belastet; es wirkt dies um so fühlbarer, als in den mit uns konkurrierenden Staaten eine ähnliche hohe Belastung nicht besteht. Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß die in den letzten 30 Jahren geschaffenen Arbeiterwohlfahrtsinstitutionen unserer Arbeiterbevölkerung ganz erhebliche Vorteile gebracht haben, sowohl bezüglich der Lebenshaltung, der Gesundheit, als auch in ihrer gesellschaftlichen Stellung. Der Verdienst der Arbeiter hat sich auch hier wesentlich gehoben, leider tritt nun aber in einigen Zweigen der Industrie ein gewisses Verlangen derselben hervor, welches sich darin zusammenfassen läßt: „Mehr Lohn, weniger Arbeit.“ Wennruhig werden die Arbeitgeber aber besonders durch die immer weitergehenden Forderungen auf sozialem Gebiete, und es herrscht allgemein eine berechtigte Mißstimmung gegen die Haltung eines großen Teiles des Reichstages solchen verhängnisvollen Wünschen gegenüber. Macht es doch den Eindruck, als ob der Einfluß der breiten Massen auf die Beschlüsse des Reichstages einen mehr als wünschenswerten Einfluß ausübt. Dies kam auch so recht zum Ausdruck bei der Beratung des Entwurfes des Arbeiterkammergesetzes. Eine gewisse Wennruhigung hat auch ein neuer Entwurf der Reichsversicherungordnung in den Reihen der Arbeitgeber hervorgerufen, da es ihnen nicht erklärlich, weshalb man eine so wichtige Einrichtung, welche sich nach jahre-

langer Erfahrung und nach dem Zeugnisse der Regierung selbst vorzüglich bewährt hat, zum Nachteil der Arbeitgeber ändern will. Die bisherige Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften hat doch, lobt sie bekannt, zu berechtigten Klagen keine Veranlassung gegeben, auf unbegründete Klagen gewisse Elemente sollte man sich überhaupt nicht einlassen. Diese sind grundsätzlich stets bemüht, unsere besten sozialen Einrichtungen zu diskreditieren und Einrichtungen wie die Unfallversicherung, die seitens der Fabrikanten mit schweren Opfern geschaffen ist und sich vorzüglich bewährt hat, sollten unter keinen Umständen beeinträchtigt werden. Weit gefehlt ist die Annahme, daß die Regierung auf diese Weise jene Elemente befriedigen könnte; nur neue Forderungen werden die Folge sein.“

Warum sollten denn auch die Arbeiter allein zufrieden sein und von neuen Forderungen Abstand nehmen? Alle Schichten des Volkes streben doch ohne Unterlaß nach einer Hebung ihrer Lebenshaltung, indem sie ihr Einkommen zu erhöhen trachten und die Ausgaben für den öffentlichen Bedarf auf die Arbeiter abwälzen. Da müßten ja die Arbeiter dümmere sein, als es die Polizei haben will, wenn sie nicht ebenfalls nach einer Verbesserung ihrer Lebenslage streben. Schwer genug wird ihnen dies Streben ohnehin gemacht.

Auch die Handwerksmeister bekommen nunmehr ihre Duntung darüber, daß sie bei den Reichstagswahlen der Reaktion Handlangerdienste geleistet haben. Die jüngste Steuermacherei hat in Handwerkerkreisen, die bisher dumm genug waren, den Konservativen und Antisemiten als Stimmbüchse zu dienen, eine rabiate Stimmung erzeugt. Sie kam sehr scharf zum Ausdruck auf dem Verbandstag der Sattlerinnungen, der vor kurzem in Berlin tagte. Der bisherige konservative Abgeordnete, Tischlermeister Mahardt, wandte sich scharf gegen die von der konservativen Reichstagsmehrheit beliebte Steuermacherei, deren Tendenz darauf hinausliefe, den Besitz zu schonen und die minderbemittelten Klassen, den gewerblichen Mittelstand und die Arbeiterschaft in unerhörter Weise zu belasten. Dem Handwerkerstand stehe das Allerschlimmste bevor, denn es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß die durch die hohen Steuern auf die beiden besten Genußmittel so schwer belasteten Arbeiter nun verdrängt werden, durch neue Lohnforderungen ihre Lebenshaltung auf der alten Höhe zu erhalten. Wenn die Berechtigung solcher Forderungen auch nicht von der Hand zu weisen sei, sei es den Handwerksmeistern, die auch unter den neuen Steuern schwer zu leiden haben, nicht möglich, die Erhöhung der Löhne auf das Publikum abzuwälzen, zumal sie mit der Konkurrenz der großkapitalistischen Betriebe zu rechnen hätten. So werde das schließlich das Handwerk in erster Linie die Begehr für die Reichsfinanzreform zu zahlen haben. Die herrschenden Parteien, die oft genug ihre „Mittelstandsfreundlichkeit“ betonen, haben die Hoffnung, daß sie auch den Besitz in angemessener Weise zu den Lasten des Reiches heranziehen würden, in schändlicher Weise getäuscht. Sie haben das Verbrechen an dem deutschen Volke begangen, einzelnen schon bevorzugten Schichten zuliebe die jetzt schon über Gebühr Belasteten noch mehr zu belasten. Hier nütze jetzt aber kein Jammern mehr, sondern die Handwerker müßten aus den parlamentarischen Vorgängen die Lehre ziehen und nicht vergessen. Der Redner forderte zum Schluß die Handwerker auf, den alten Parteifusseln fahren zu lassen und sich ohne Rücksicht auf die religiöse und Parteistellung zu einer einheitlichen strengen Organisation des gewerblichen Mittelstandes zusammenzuschließen.

Der Aufruf wird wohl wieder vergeblich sein. Der „Mittelstand“ und vor allem die Handwerker haben im Verlauf der politischen Geschichte Deutschlands bewiesen, daß ihnen die Fähigkeit der Parteibildung abgeht. In ihrer unsicheren Zwischenstellung zwischen Großkapital und Arbeiterschaft pendeln sie hoffnungslos von einer Partei zur anderen, ohne eignen selbständigen festen politischen Halt gewinnen zu können. Erst waren sie „liberal“, dann wurden sie antisemitisch und konservativ. Nun fühlen sie sich auch hier betrogen. Aber anders wird es schwerlich werden, denn gerade von dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstande gilt das alte Dichterwort: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!“ Denn sie sind mit Blindheit geschlagen, diese Mittelstandsleute. Anstatt mit dem aufstrebenden, zukunftsreichen Proletariat gemeinsame Sache zu machen, lassen sie sich von den Volksausbeutern als Sturmbaum gegen die Arbeiterbewegung mißbrauchen. Da dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn ihnen die großen Herren das Fell über die Ohren ziehen.

**Der Kampf um die Ehre.** Am 17. August 1895 wurden von dem Schwurgericht Essen der bekannte Bergarbeiterführer Schröder, der damalige Kassierer des Bergarbeiterverbandes Johann Meyer, und fünf andere Angeklagte wegen Meineids zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Sämtliche damals Verurteilten haben ihre Strafen verbüßt. Die ganze öffentliche Meinung hat sich schon damals gegen dieses Urteil gewandt. Schröder wurde noch während seines Aufenthaltes im Zuchthause von der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Essen zum Reichstagskandidaten ernannt und kandidierte als solcher bei der Reichstagswahl 1898. Während Schröder die Strafe verhältnismäßig gut überstand, wurde Meyer durch die furchtbare Strafe geistig und körperlich gebrochen. Er befindet sich schon seit längerer Zeit in einem Sanatorium. Alle Versuche des Verteidigers der Verurteilten, Rechtsanwalt Dr. Niemeyer in Essen, die Wiederaufnahme des Verfahrens herbeizuführen, scheiterten. Die Verurteilten hatten in einem unbedeutenden Prozeß beschworen, daß nach der Auflösung einer Bergarbeiterversammlung der damalige Gewerkschaftsleiter dem Schröder einen Stoß in den Rücken gegeben habe, so daß er zu Boden gefallen sei. Wüthend stellte dies in einem Prozeß vor der Strafkammer und später auch vor dem Schwurgericht eidlich in Abrede. Mehrere Zeugen bekundeten im Meineidsprozeß gegen Schröder und Gen. daselbe, was die Angeklagten vor der Strafkammer bekundeten. Trotz dem lautete der Spruch der Geschworenen auf schuldig, worauf die Angeklagten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Die von Herrn Dr. Niemeyer beantragte Wiederaufnahme des Verfahrens wurde auch in der Schwurgerichtsinstanz vom Oberlandesgericht Hamm abgelehnt, obwohl eine ganze Reihe neuer Zeugen, die im Schwurgerichtsverfahren noch nicht vernommen waren, in dem Wiederaufnahmeverfahren dasjenige bestätigten, was



die Verurteilten beschworen hatten und obwohl die Strafkammer des Landgerichts Köln gegen den Mediziner Richter zu Köln, wegen Verleumdung, rechtskräftig festgestellt hatte, daß keine Veranlassung vorliege, einzelne Zeugen der Verleumdung der Eidespflicht zu verdächtigen, daß vielmehr die Widerprüge mit Rücksicht auf die Schnelligkeit, mit der sich derartige Vorgänge inmitten einer unruhig gewordenen Menge abgespielt haben, sehr wohl erklärlich seien. Jetzt, nach vierzehn Jahren, entsteht die Hoffnung, daß den damals nach der Vielzahl, ja fast einmütig zum Ausdruck gekommenen Meinungen unschuldig Verurteilten ihr Recht wird. Der damalige Hauptbelastungszeuge, Gendarm Winter, an dessen eidlichem Zeugnis das Wiedernahmeverfahren scheiterte, wurde später als Magistrateurassistent in Berlin angestellt. Gegen diesen Belastungszeugen ist nunmehr ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil er unternommen haben soll, Zeugen zu einer unehrenhaften eidesstattlichen Versicherung zu veranlassen und weil er versucht hat, weitere Zeugen zu beeinflussen. In diesem Disziplinarverfahren ist auch zur Erörterung gekommen, daß Winter, auf dessen Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit das damalige Urteil beruhte, neben seinem Amte fremde Rechtsangelegenheiten besorgte und in den von ihm besorgten Rechtsangelegenheiten in mer als Zeuge eine merkwürdige Rolle gespielt hat. Auf Grund dieser Tatsachen hat nunmehr Rechtsanwalt Dr. Niemeyer einen neuen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Schröder und Genossen gestellt, in dem die Unglaubwürdigkeit des Zeugen Winter nachgewiesen werden soll. Hoffentlich gelingt es nach so langer Zeit doch noch, die bürgerliche Ehre der „Zuchthäuser“ wieder herzustellen — in den Augen ihrer Klassen-genossen haben sie ihre Ehre niemals verloren.

**Vom wirtschaftlichen Kriegsschauplatz.** Während der Kienenkampf in Schweden in aller Ruhe und ohne Störung der äußeren Ordnung geführt wird, während die Arbeitgeber und Behörden fastblütig dem Unrath der Arbeitermassen gegenüberstehen, zeigt sich leider bei uns in Deutschland bei jedem, auch dem kleinsten Streit, eine Nervosität, als ob Staat und Gesellschaft auf der Kippe ständen. Nicht selten wird Blut vergossen und die Ordnungsväter gebärden sich wie die wilden Bestien. Dies beweist wieder einmal ein Vorfall, der sich in Badisch-Rheinfelden abgespielt hat, wo die dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossenen Aluminiumarbeiter gestreikt haben. Der Streik ist inzwischen beendet worden, und zwar auf Grund folgender Vereinbarung: Es werden sämtliche Arbeiter wieder eingestellt, mit Ausnahme derjenigen von den zwölf, die in Strafuntersuchung genommen sind und gegen die von Gerichts wegen Strafe verhängt werden wird. Ferner wurde der von den Streikenden verlangte Arbeiterausschuß genehmigt. Eine sofortige Lohnerhöhung wird nicht gewährt, dagegen soll, wenn bessere Konjunktur eintritt, mit der Arbeitervertretung wegen einer Lohnerhöhung verhandelt werden.

Ueber eine fürchterliche Bluttat, die sich während des Streiks abgespielt und zwei blühende Menschenleben vernichtet hat — oben sind waren die beiden Ermordeten am Streik gänzlich unbeteiligt — berichtet die „Frankfurter Zeitung“, ein liberales Blatt, folgendes: Militärposten mit aufgeschlagenen Bajonetten und Gendarmen halten die Ein- und Ausgänge der Straßen nach Badisch-Rheinfelden und zu den Aluminiumwerken besetzt. Bei dem Hauptfabrikeingang und an der Rheinbrücke gegen Schweizerisch-Rheinfelden sind größere Abteilungen mit je einem Maschinengewehr aufgestellt. Die Passanten werden einer strengen Kontrolle unterzogen. Das Augenmerk richtet sich hauptsächlich gegen den Zuzug von Italienern, die von der Schweiz kommen. Seit drei Wochen dauert der Streik, dem sich die christlichen und freien Gewerkschaftler angeschlossen. Die Fabrikleitung lehnte jede Verhandlung ab. Das Verhalten der Streikenden war immer musterhaft. Am Freitag kamen Streikbrecher an, die Ausständigen zogen mit diesen vor die Fabrik. Ein Portier Hiesler und ein Werkmeister Fischer gaben mit Wettergewehren etwa 15 scharfe Schüsse ab, wobei zwei Nichtstreiker getötet wurden. Die Beerdigung des zuerst getöteten Italiener war auf heute mittag 2 Uhr angesetzt. Um jede Demonstration zu verhüten, beorderte man von Umstwegen den Italiener Sonnabend abends heimlich. Darüber wurden die Leute erobert, zogen vor die Fabrikgebäude und Wohnungen der Direktoren und verlangten die Verhaftung des Werkmeisters Fischer. Als das nicht geschah, warfen sie Fenstersteine ein und demolirten, was möglich war. Es wurde hierauf die siebte Kompanie des Konstanzer Regiments requiriert. Am Sonntag abend veranlaßte ein Gerücht, der Sonnabend amlich beerdigte Italiener werde ausgegraben, um ihn ordnungsmäßig zu bestatten, scharfere Maßregeln. Sämtliche Wirtschaften, auch die Fremdenhotels, mußten um 8 Uhr schließen. Sonst ist alles ruhig. Montag vormittag 10 Uhr marschirte ein Arbeiterzug von etwa 60 Mann mit roter Fahne an das Grab des erschossenen italienischen Arbeiters, der am Sonnabend ohne Wissen seiner Frau und seiner Kinder beerdigt wurde, wo Gewerkschaftssekretär Engler und ein Italiener Reden hielten, in denen mitgeteilt wurde, daß kommenden Sonntag ein Demonstrationzug nach dem Grab geplant sei, an dem alle Arbeitervereine sich beteiligen würden. Am 11 Uhr ist das requiriert gewesene Militär wieder nach Konstanz zurückgeführt.

Doppelt schmerzlich ist es, daß dies Unglück den Christlichen passieren mußte, die doch den Klassenkampf verabscheuen und so gern von der im Christentum begründeten Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern sprechen. Im Lobe der Verzweiflung schreibt deshalb die „Blühende Volkszeitung“, das führende Zentrumblatt: „Seit ja drei Wochen stehen die Arbeiter der badischen Aluminiumwerke im Streik. Trotz der wüthendsten Ruhe, welche die Streikenden beobachteten, wurden sie von einem Meister Fischer und Arbeitswilligen bedroht. Diese brühteten sich mit ihren Revolvern. Freitag kamen 27 Arbeitswillige aus Frankfurt an. Frauen baten diese, doch nicht mit der Arbeit zu beginnen. Der genannte Meister nebst 8 Arbeitswilligen, mit Revolvern bewaffnet, begleiteten die Arbeitswilligen und drohten zu schließen. Ein Arbeiter suchte sie daran zu hindern und erhielt einen Schuß durch die Hand. Fischer legte zum zweiten Male an, worauf ein Schuhmann ihm die Waffe aus der Hand schlug. Eine Verhaftung des Fischers lehnte der anwesende Gendarm ab, angeblich weil der Meister sich in guter Stellung befindet. Inzwischen hatten sich noch mehr Arbeiter, besonders aus den umliegenden Fabriken, ange-

sammelt, welche die Verhaftung des Fischers forderten. Als die Arbeiter ungefähr 50 Meter von den Aluminiumwerken entfernt waren, fielen Schüsse. Ein Arbeiter fiel sofort tot nieder, ein zweiter liegt im Sterben und einem dritten ging eine Kugel durch den Arm. Hierdurch erbittert, zerstörten die Arbeiter die Fenster der Fabrikräume und Fabrikwohnungen. Die Ruhe wurde aber bald wieder hergestellt. Der ganze Vorgang ist auf das Verhalten des Meisters Fischer zurückzuführen.“

Dieser Meister Fischer ist der Typus eines Unternehmers mit kapitalistischer Gesinnung und proletarischem Geldbeutel. Er ist sicher auch ein guter Christ und frommer Kirchengänger.

**Ein Wink mit dem Raumpfehl.** Die Tiefbauunternehmer von Köln und Umgegend haben folgenden Beschluß gefaßt: „Wir beschließen einstimmig, die Forderungen des Zentralverbandes der bauergewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands und des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, die diese bezügliche Festsetzung eines Mindeststundenlohnes von 50 Pfg. und einer neunehalbständigen Arbeitszeit am 11. August geltend gemacht haben, glattweg abzulehnen, und zwar ist dabei bestimmend, daß die genannten Organisationen nur einen ganz geringen Bruchteil der Erdarbeiter vertreten.“

So ist's recht: Weil die Kölner Bauarbeiter in ihrer Mehrzahl sich von der Organisation fernhalten, lehnen die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter „glattweg“ ab. Und was folgt daraus?

Die organisierten Arbeiter sind immer noch die besten! Dieses Zugeständnis müssen die Unternehmer machen, mögen sie wollen oder nicht. Die meisten können sich freilich zur öffentlichen Anerkennung dieser Tatsache nicht bequemen. Nur hier und da ist der eine oder andre Unternehmer so ehrlich, zu bestätigen, was längst kein Geheimnis mehr ist. So sprach dieser Tage in der Mittelstandsversammlung in Lichtenstein Herr Direktor Steinert aus Frankfurt. Der Herr sagte wörtlich: „Meine Arbeiter sind Sozialdemokraten, ich habe nichts dagegen. Sie sind gewerkschaftlich organisiert, ich freue mich darüber, denn die organisierten Arbeiter sind die besten.“

Dieses Urteil eines Kenners der tatsächlichen Verhältnisse — es ist nur eins unter hunderten! — sollten sich die scharfmacherischen Federführer und Unternehmerfüß doch endlich einmal hinter die Ohren schreiben.

**Ein schwedischer Professor über den Generalstreik in Schweden.** Der bekannte Volkswirtschaftslehrer Professor Wickzell von der Universität Lund hat sich über den wirtschaftlichen Kampf in Schweden öffentlich geäußert. Er meinte, soziale Kämpfe wie der jegliche seien unvermeidlich, solange die allgemeine wirtschaftliche Lage in Schweden sich nicht bessere; diese sei aber in den letzten Jahren immer eruster geworden und sei jetzt tatsächlich eine solche, daß Schweden als ein überbevölkertes Land gelten müsse. In der Holzindustrie und Holzausfuhr habe Schweden früher eine seiner reichsten Einnahmequellen gehabt, in den letzten Jahren sei aber die Abholzung der großen Wäldungen so unvernünftig betrieben worden, daß sie in gar keinem Verhältnis zum Zuwachs mehr stehe. Die indirekten Steuern seien in Schweden unverhältnismäßig hoch, die Konjunkturen der meisten Industriezweige werden immer schlechter. Die stets gesteigerten Getreidepreise würden immer unrentabler, sie sind zurzeit 3.70 Kronen für 100 Kilogramm ungemahlene, 6.50 Kronen für gemahlene Getreide. Das alles habe sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als bei den Arbeitern eine derartige allgemeine Spannung bewirkt, daß es zu wirtschaftlichen Kämpfen erster Art habe kommen müssen. Man könne, fuhr der Gelehrte fort, bei der gegenwärtigen Lage nicht im allgemeinen die Frage stellen, „wer recht habe“, beide Teile kämpften da für die Wahrnehmung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen. Man dürfe nicht glauben, daß der Riesenstreik lange vorbereitet gewesen sei; er sei vielmehr plötzlich ausgebrochen. Die erste äußere eigentliche Ursache des gegenwärtigen Kampfes sei ein Lohnstreik unter den Arbeitern einiger elektrischer Kraftstationen gewesen, unter anderem bei Mochjär, wo die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 32 auf 35 Öere für die Stunde verlangt hätten. Da hier keine Einigung erzielt worden sei, hätten die Arbeiter an den betreffenden Kraftstationen gestreikt, worauf die Arbeiter anderer ähnlicher Anlagen in größerem Umfang ausgehert worden seien; da es nun in der Folgezeit im Frühjahr und zeitigen Sommer dieses Jahres, auch in andern Betrieben zur Lohnfreiheit und vereinzelten Streiks und Ausperrungen gekommen sei, hätten die Arbeitgeber, um Arbeitsruhe zu erzwingen, zum zweifelhaften Mittel der Riesenausperrung gegriffen; es seien bekanntlich 90 000 Arbeiter von dieser Riesenausperrung berührt worden, und die Beantwortung dieser großen Ausperrungen mit dem jetzigen Riesenstreik sei unvermeidlich gewesen.

Ferner meinte Professor Wickzell, es sei bei den Charaktereigenschaften der schwedischen Arbeiter ausgeschlossen, daß die Streikenden allmählich „abzöckeln“. Eine Wiederaufnahme der Arbeit würde erst stattfinden, wenn der Riesenstreik von der Streikleitung „abgeblasen“ würde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß ein solches „Abblasen“ stattfinden werde, wenn den Arbeitern alle Mittel ausgegangen seien und die Hungersnot sich in größerem Umfang melde. Bis dahin könne es aber noch lange dauern. Dann wäre der Streik wahrscheinlich die „Generalprobe“ für die nächste große Kräftemessung gewesen, die ebenso unausbleiblich wie die jetzige sein werde.

Eines Urteils darüber, inwieweit zurzeit die industriellen Schwedens, ohne sich selbst erheblich zu schädigen, überhaupt in der Lage seien, dem Verlangen der Arbeiter nach größeren Löhnen entgegenzukommen, wolle sich der Professor enthalten. Die Arbeiter könnten aber in allgemeinen wirklich bei den jetzigen Löhnen nicht bestehen. Die Löhne seien zwar im Verhältnis zu denjenigen, die in andern Ländern den Arbeitern geboten würden, nicht allzu niedrig; aber sie seien dann viel zu niedrig, wenn man die übergroßen indirekten Steuern in Betracht ziehe.

Die Abhilfe liege bei Regierung und Parlament. Diese müßten im Interesse der Arbeiter die indirekten Steuern herabsetzen, vor allem aber die Getreidepreise

Wenn die Ausführungen des Professors Wickzell richtig sind, so ist der Staat mit seinem Mochschlucker nach Steuern die eigentliche Ursache des in Schweden ausgebrochenen Riesenkampfes. Uebrigens trägt auch das außerordentliche Unternehmertum, das durch Vohnerabsetzungen eine Profitverminderung abwehren will, einen großen Teil der Schuld.

**Die Trinkwasserfrage auf dem Verbandstag der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften.** Wie aus der „Baugewerks-Zeitung“ Nr. 63 zu ersehen, wird der nächste, am 4. September dieses Jahres in Schwerin tagende Baugewerks-Vereinsgenossenschaftliche Verbandstag sich auch mit einer Modifikation des Alkoholbrotzes und der Trinkwasserfrage bei den Bantzen zu befassen haben. Wie durch die Tagesordnung bekannt gegeben ist, hat das Reichsversicherungsamt, veranlaßt durch eine Eingabe der Zentralkommission, den Vorstand dieses Verbandes ersucht, eine Stellungnahme und Beschlußfassung zu der Forderung herbeizuführen, wonach in die baugewerblichen Unfallverhütungsvorschriften eine Bestimmung aufgenommen werden soll, nach welcher „bei jedem Unterkunftsraum (Waubude) ein Nebenraum mit einer Kochgelegenheit vorhanden sein muß“, worauf die beim Bau Beschäftigten die mitgebrachten Getränke oder Speisen usw. erwärmen können. Als Referenten zu dieser Sache hat der Verbandsvorstand Herrn Zimmermeister A. Nieß-Braunschweig bestimmt.

Diese Forderung der baugewerblichen Arbeiter ist vom gesundheitlichen Standpunkt betrachtet als selbstverständlich anzusehen. Für die Baugewerksvereinsgenossenschaften liegt unfres Erachtens der Schwerpunkt wesentlich in der Frage, daß hier im Zusammenhang mit den Unfallverhütungsvorschriften Bestimmungen des Alkoholbrotzes und des genießbaren Trinkwassers nun auch die Waubude mit dem Nebenraum und der Kochgelegenheit als Unfallverhütungstechnische Maßnahme mit in die Unfallverhütungsvorschriften aufgenommen werden soll. Im großen und ganzen ist das von einem Teil der Unternehmer und von den Baugewerksvereinsgenossenschaften schon so stillschweigend zugestanden worden. Schon wegen der Aufbebung des Verbandstages und der ersten Hilfeleistung bei Unfällen oder sonstigen Erkrankungen ist die Waubude eine notwendig Einrichtung. Auch der Nebenraum mit der Kochgelegenheit wird sich dem Hinweis auf die Kleinlichkeit und den Temperatursteigerungen der Sommermonate in der Waubude leicht rechtfertigen lassen, wenn man sich außerdem nicht mindestens dazu entschließen sollte, die Unternehmer zu verpflichten, den Arbeitern zur Zeit der Arbeitspausen unentgeltlich genügendes kochendes Wasser zur Verfügung zu stellen. Der Referent zu diesen Fragen ist wenig vertrauenswendend. Herr Nieß als Vorstandsmittglied der Hannoverischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft gehört zu der bekannten Gruppe der Oberscharmacher. Herr Nieß macht nicht allein scharf gegen die Arbeiter, sondern auch gegen das Reichs-Versicherungsamt und gegen alle, die sonst ein sozialpolitisches Verständnis und Interesse zeigen.

Wer den Referenten sozialpolitisch verstehen lernen will, muß das Protokoll von dem Verbandstag der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften zu Essen von 1908 nachlesen. Wie dieser Herr dort so selbstbewußt bei den Beratungen über die Ausstattung der baugewerksvereinsgenossenschaftlichen Jahresberichte, insbesondere bei der Frage, inwiefern der Bericht über die Überwachung der Baubetriebstätten durch Skizzen (Zeichnungen usw.) von den Einrichtungen der Unfallverhütung und durch bildliche Darstellungen der Szenerie bemerkenswerter Unfälle besser auszugestalten wäre, dem Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts, Herrn Dr. Kaufmann, entgegengetreten ist, war grotesk. Zu bedauern sind ernste Männer, die solches alberne Gerede mit anhören müssen. Wie Herr Nieß-Braunschweig bei seinen Betriebsstätten das Alkoholverbot durchführt und wie er sonst und seine Poliere für „genießbares Trinkwasser“ sorgen, das wissen wahrscheinlich unsere Braunschweiger Kollegen besser und zuverlässiger als wir. Aber was die Arbeiter von dem Referent inhaltlich zu erwarten haben, das ergibt sich wohl zweifellos aus den folgenden Ausführungen des Herrn Nieß auf dem Verbandstage zu Essen:

„Wir sind hier zusammengekommen, um den Auswüchsen entgegenzutreten, welche sich in dem Bau der Unfallversicherung eingenistet haben, vielfältig sich bemerkbar machend an den Versichererten. Ein Erlass des großen Kaisers Wilhelm leitete die Vereinsgenossenschaften bei ihrer Gründung an, als ihre höchste Aufgabe anzusehen, den im Beruf verletzten Arbeitern, soweit möglich, ihre Gesundheit wieder zu verschaffen und ihnen ihre Arbeitskräfte zu erhalten. Wie hat sich das inzwischen geäußert! Auf dem Verbandstage der deutschen Vereinsgenossenschaften erklärte der Vorsitzende des Schiedsgerichts zu Köln am Rhein, daß es bedauerlich sei, daß die sozialen Gesetze eine solche Mehrerte geteilt hätten, daß Einmühen und Betrug zur Erlangung einer Rente in weiten Kreisen des Volkes Eingang gefunden hätten. Denn wer will heute gesund sein? Gesund will niemand sein; alle wollen krank sein und bleiben und eine Rente beziehen. Der Gedanke an die Arbeit scheint ihnen einen Fluch zu bedeuten. Wir müssen uns die Wiederherstellung der Arbeitskraft der Verletzten vielfach geradezu erzwängen. Es treten aber auch aus Verwaltungskreisen uns Wünsche entgegen, welche keine gesetzliche Grundlage haben, sehr vielfältig aber auch aus den Kreisen solcher Sozialreformer, welche keinen Auftrag haben (Selbsterkeit), diese angebotene Arbeit als Sport betreiben, zu den Lasten aber nie etwas beitragen. Ich habe den Eindruck, als wenn es eine Anzahl Leute gibt, welche die soziale Gesetzgebung für sich dadurch nutzbar machen wollen, daß sie mit Vorschlägen an die Deffentlichkeit lediglich aus dem Grunde treten, um sich anderweitig zu empfehlen.“

### Arbeiterversicherung.

Die kommenden Wahlen für die Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Im Herbst dieses Jahres finden die Wahlen der Arbeitervertretung in der Verwaltung und namentlich der Versicherungsfrage auf dem Gebiete der Unfall- und Invalidenversicherung statt. Bei der großen Bedeutung, die diese Wahlen für die Arbeiter haben, kann nicht dringender betont werden, die Vorbereitungen für die Wahlen möglichst frühzeitig vorzunehmen. Die Wahlen sind keine drückten, d. h. also, die Versichereten können nicht gleich selbst ihren Vertreter wählen. Daraus erklärt sich auch die Wichtigkeit dieser Wahlen gegenüber. Sie ist aber absolut nicht am Platze. Als Wahlberechtigte kommen nur in Betracht die Vorstände der im Bezirk einer untern Ver-



Wahlungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Innungskassen, Knappschaftskassen, Gewerkschaften oder anderer zur Wahrung der Interessen der Seeleute obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen der Seeleute, sowie der Hilfskassen, welche die Rechte des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes besitzen und ihre Tätigkeit nicht über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde erstrecken. Für die Versicherten, die einer solchen Kasse nicht angehören, ist der Kommunalbehörde auch ein Wahlrecht zugehört.

Die Vorstände dieser Klassen und Korporationen wählen nun die Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden. Die Stimmenzahl der Klassen- usw. Vertreter wird berechnet nach der Zahl der Mitglieder. Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Vorständen wählen getrennt je die Hälfte der Beisitzer. Die so gewählten Beisitzer der unteren Verwaltungsbehörden haben wieder die Vertreter für den Ausschuss der für ihren Bezirk in Betracht kommenden Landesversicherungsanstalt zu wählen. Dieser Ausschuss der Landesversicherungsanstalt hat wieder die nicht beamteten Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalt zu wählen und weiter auch die Beisitzer für die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung haben dann wieder die Beisitzer für das Landesversicherungsamt bzw. Reichsversicherungsamt zu wählen.

Diese Angaben werden genügen, um die besondere Wichtigkeit der Arbeitervertreterwahlen erkennen zu lassen. Gängt doch vom Ausfall der Wahl ab, ob die durch die untere Verwaltungsbehörde vorzunehmende Prüfung der Anträge auf Invaliden- bzw. Altersrente durch Männer erfolgt, die einen Blick fürs praktische Leben haben und die Interessen der Versicherten im Rahmen des Gesetzes wirksam zu vertreten wissen, ob die Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalt auch wirklich ihres Amtes zu walten werden, wie es die Versicherten wünschen müßten, oder nicht. Vor allen Dingen hängt aber auch davon ab, wer denn später zur Rechtsprechung auf dem Gebiete der Invaliden- und Unfallversicherung berufen wird: Männer, die die Verhältnisse richtig zu beurteilen wissen und in der Zeit, wo die Rechtsprechung immer ungünstiger für die Verletzten wird, ihren Mann auch wirklich stehen, oder Männer, die zu allem Ja und Amen jaugen. Die Vorbereitung dieser für alle weiteren Wahlen maßgebenden Wahl der Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde fällt den Gewerkschaftskartellen zu.

### Aus Arbeitgeberkreisen.

Der 10. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, der vor kurzem in Königsberg versammelt war, faßte folgende Resolution:

1. Das Handwerk und Kleinunternehmertum hat in dem gegenwärtigen harten Kampf ums Dasein alle Ursache, sich dagegen zu wehren, daß es die problematische Sozialpolitik des Regierungsentwurfs mit einer so erheblichen finanziellen Belastung bezahlen soll.

2. Im einzelnen ist zu bemerken: a. Es ist für den Laien unmöglich, die Gesetzesbestimmungen zu beherrschen; b. die Erhöhung der Kosten des Verkehrs und der Verwaltung anstatt der wünschenswerten Vereinfachung sind kein ausreichendes Äquivalent darin, daß das Vereinheitlichungsbestreben in der Spruch- und Verwaltungspraxis in den Versicherungsämtern äußerlich zur Geltung kommt. Die Mitwirkung der letzteren bei Festsetzung der Renten wird als unliebbare Einengung der Tätigkeit der Versicherungsbeamten empfunden; c. für den Vollzug der ausgebreiteten und tiefeingreifenden Gesetzesbestimmungen dürfte es an der nötigen Zahl geeigneter Persönlichkeiten fehlen.

Bei der Beratung über die Abgrenzung des Handwerks, bei der festgestellt werden sollte, „ob und in welcher Weise die Fabrikzweige, die sich infolge des modernen wirtschaftlichen Lebens gebildet oder eine andere Form angenommen haben, unter die Bestimmungen der Handwerksgesetzgebung fallen“, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag stellt fest, daß infolge der Entwicklung der Technik und Industrie eine ganze Reihe von gewerblichen Betrieben teils sich neu gebildet, teils eine selbständige Form angenommen haben. Von dem Standpunkt, daß zum Handwerk nur die früheren zünftigen Gewerbe gehören, muß abgegangen und im Interesse der gründlichen Ausbildung des Nachwuchses verlangt werden, daß er jetzt genannte Betriebe zum Handwerk zugehörig angesehen werden. Hierzu gehören zum Beispiel die Fabrikanten für Motorwagen und Fahrräder, Holzbildhauer, Eisenbetonbauer und Terrazzomacher, Käser und Wollker, Köche, Bahntechniker, Wäscherei und Blättereier, Steinmetzgewerbe, zoologische Präparatoren usw. Eine endgültige Abgrenzung kann nicht erfolgen, vielmehr wird sich im Laufe der Jahre eine abermalige Abgrenzung erforderlich machen.“

Die Konkurrenz staatlicher und städtischer Betriebe ist den Handwerkern seit langem etwas, das sie lebhaft bekämpfen. Auf der Königsberger Tagung vertieg sich der Referent zu dieser Frage, Syndikus Sadmann aus Bielefeld, zu einer Behauptung, die durchblicken läßt, daß das Handwerkern verlangt, daß die Allgemeinheit zu Fuß und frommen der Handwerker geschädigt werde. Er sagte: „Die Staatsverwaltung habe andere Aufgaben, als durch Monopol und Eigenbetrieb dem selbständigen Handwerk Konkurrenz zu machen.“ Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Der 10. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag weist nachdrücklich darauf hin, daß die Staats- und Kommunalbehörden ein großes Interesse an einem leistungsfähigen Handwerkerstand haben und deshalb an der Förderung der wirtschaftlichen Hebung desselben mitzuwirken berufen sind. Eine solche Förderung ist nach Ansicht des Kammertages in möglichster Einschränkung der Regiebetriebe und weitgehender Zuweisung von Lieferungen und Leistungen an selbständige Handwerker zu erblicken. Es ist tief bedauerlich, daß ein großer Teil der Staats- und Kommunalbehörden diese wichtige Aufgabe nicht erfüllt.

Der 10. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag ist der Ansicht, daß es nicht Aufgabe der Staats- und Kommunalbehörden sein kann, handwerkliche Arbeiten in eigener Regie auszuführen. Er fordert, daß diese Arbeiten dem freien Wettbewerb über-

lassen bleiben. Der Einwand, daß zur Erreichung einer größeren Betriebssicherheit die Ausführung bestimmter Arbeiten, z. B. Installationsarbeiten, in eigener Regie notwendig sei, hat sich durch die Praxis als hin-fällig erwiesen.

3. Die Gefängnisarbeit ist so zu gestalten, daß die dem freien Gewerbe hierdurch verursachte Konkurrenz künftig ausgeschlossen wird.

4. Auf die Staats- und Kommunalverwaltungen ist in nachdrücklicher Weise nach der Richtung hin einzuwirken, daß die von diesen Behörden beschäftigten Arbeiter und Beamten jede gewerbmäßige Tätigkeit unterlassen; die gleiche Forderung wird hinsichtlich der Angehörigen des Heeres und der Flotte erhoben.

5. Der 10. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag appelliert an das deutsche Handwerk, allezeit solide Geschäftsgrundsätze zu pflegen und an den Verwaltungsaufgaben der Gemeinden regen Anteil zu nehmen.“

Ja, Bauer, das ist ganz was anderes! Wie die Bauernbündler vorgehen, wenn es sich um ihre Interessen handelt, dürfte nachgerade zur Genüge bekannt sein. Auch folgende Notiz des „Homburger Kreisblattes“ liefert einen interessanten Beweis dafür. Sie lautet: „Unsern Kaufleuten droht ein arger Boykott der Mitglieder des Bundes der Landwirte. Sofern die Kaufleute sich zum Hansabund bekennen, will man nicht mehr von ihnen kaufen.“

Das ist ja die alte, bekannte Geschichte: Die Mist-junker und Bauernproben boykottieren jeden politischen Gegner, der von seinem Koalitionsrecht Gebrauch macht, und obendrein jeteren sie noch fortwährend über den Terrorismus der Arbeiter, die bekanntlich nur dann zur Waffe des Boykotts greifen, wenn man ihnen die Gleichberechtigung und den Kampf um eine bessere Lebenshaltung illusorisch machen will. Es gibt wirklich keine ekelhaftere Eppischaft als diese Leute, die jahraus jahrein Raubzüge unternehmen auf die Taschen des Volkes und noch obendrein jeden Menschen wirtschaftlich und gesellschaftlich ruinieren wollen, der sich gegen die Räuberbande zur Wehr setzt.

### Gerichtliches.

Eine gefesslich zulässige Warnung. Der Berliner Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes Runke hatte sich eine Anklage zugezogen, weil er zu einigen Arbeitern gesagt hatte: „Sie verkehren so intim mit den Drehern, ich mache Sie im Auftrage der Kollegen darauf aufmerksam, daß das Gelbe und Streikbrecher sind.“ Durch diese Worte fühlten sich zwei von den Streikbrechern beleidigt, sie stellten Strafantrag und Runke wurde in erster Instanz zu Mt. 30 Geldstrafe verurteilt. Infolge der Berufung Runkes hatte sich die sechste Strafkammer des Landgerichts I mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Geradezu erstaunlich war die Weltfremdheit des Vorsitzenden und des Referenten, denen nur mit vieler Mühe klargemacht werden konnte, was ein Vertrauensmann einer Gewerkschaft ist und was gelbe Organisationen sind. In der Sache selbst kam das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht nahm an, daß die Äußerung des Angeklagten zwar objektiv beleidigend sei, doch habe der Angeklagte nicht die Absicht der Beleidigung gehabt, sondern nur eine Warnung im Auftrage seiner Kollegen an die Streikbrecher gerichtet.

### Vom Ausland.

Oesterreich. Nach Abbazia, Innsbruck und Bregenz ist jeder Bezug von Malern, Anstreichern und Lackierern streng fernzuhalten.

Der Streik in Meran ist beendet und am 7. August ein neuer Tarifabschluß zustande gekommen.

In Graz sind die Lackiererwerkstätten Blühme, Urschib und Necmaben gesperrt.

In Neustadt a. d. E. (Nordböhmen) ist die Werkstätte Leibl gesperrt.

Ungarn. Nach Nagyrabad (Groszvenein) ist Bezug fernzuhalten. — Die Franz Schloßnitzsche Leistenvergoldungsfabrik und die Anstreichwerkstätte Johann Felberbaum in Budapest bleiben gesperrt.

Schweiz. Gesperrt ist Winterthur.

Eine Volksversammlung während des schwedischen Massenstreiks schildert ein deutscher Schriftsteller, Paul Bschorlich, in der „Hilfe“ folgendermaßen: Der Aufmarsch zu einer Volksversammlung in Schweden ist wie ein Kirchgang an hohen Feiertagen. Männer, Frauen und Kinder ziehen um die Mittagszeit in Scharen hinaus vor die Stadt, wo unter freiem Himmel inmitten eines kleinen Kiefernwaldes die Redner zu den Massen sprechen. Man hört kaum ein lautes Wort. Erst und würdig strömen diese Massen zusammen, ohne Reden, ohne Scherze, ohne eine Ahnung jener Aktstimmung, die in romanischen Ländern an der Tagesordnung ist und die man auch in Berlin bei ähnlichen Gelegenheiten beobachten kann. Es ist, als ob diese Menschen gar keine Leidenschaften hätten, als ob sie zu irgend einer Predigt gingen und nicht zu einem Redner, dessen Worte bestimmt sind, den Trotz zu stärken, auch wenn sie noch so ruhig der Form nach sind.

Und wie in einer Kirche ist es dann draußen, sobald sich die Versammlung bildet. Man tritt in Ruhe zusammen, schließt von dem Zentrum, in dem das Redner-pult steht, weitere und weitere Kreise nach außen, dehnt sich aus und bleibt doch zusammen. Und das alles geht vor sich ohne Drängen und Stoßen, mit Hilfe weniger Ordnungsmänner, die kaum ein Wort zu sagen brauchen. Diese Fähigkeit, sich versammeln zu können, ist in Schweden einzig. Nur der Engländer darf sich hierin mit dem Schweden messen. Bei einer Massenversammlung vor den Toren Stockholms sah ich ein halbes Duzend Schulkinder. Mehr hatte man den 10 000 Menschen gegenüber nicht angeboten, die sich da ein politisches Stelldichein gaben.

Ein Arbeiterlied wird gesungen. Es wird wirklich gesungen. Dann herrscht wieder Ruhe. Auf dem freien Platz, der in Form einer natürlichen Arena bis zum Waldrand hinaus sich ausbreitet, stehen die Menschen dicht gedrängt. Aber selbst die Kinder schweigen.

Dann tritt Branting, der Führer, das Podium. Ein Redner, der auch dem geschworenen Gegner der Sozialdemokratie Achtung einflößen muß, wenn er einen Blick für Persönlichkeiten hat. Branting ist eine Persönlichkeit. Schon die natürliche Art, in der er aufs Podium steigt und über die Massen hinwegblickt, ist imponierend. Dieser Mann, der sich einst als Privatdozent der Astronomie an der Universität habilitieren wollte, von einer politischen Welle erfasst, aber ans Ufer der Sozialdemokratie getrieben wurde, die vornehme Erscheinung mit dem ernststen Blick unter buschigen Augenbrauen, mit scharf profilierter Nase und feingeschnittenem Mund, hat nichts von einem Demagogen an sich. Wer ihn einmal reden hörte, glaubt seinen Parteigenossen, daß er im persönlichen Verkehr liebenswürdig und bescheiden ist, glaubt seinen politischen Gegnern, wenn sie seine lokale Art, den politischen Kampf zu führen, rühmen. Er ist das, was wir in Deutschland einen Revisionisten nennen, also ein Sozialdemokrat, der alles Radikale abgestreift hat, ein Streiter mit urbanen Formen, kein Schreier, der es darauf anlegt, die Masse zu bedören und zu verführen. Mit einem honoren, weit vernehmbaren Organ begabt, weiß er durch eine prächtige Mischung von feiner Ironie und inbrünstiger Wärme alle Hörer zu fesseln.

Die Massen hängen an jedem Wort, das aus Brantings Munde kommt. Nur selten, dann aber um so spontaner, bricht der Beifall los, den sie seiner Rede zollen. Das vierfache, kurz abgerissene „Hurra“, das am Ende der Versammlung auf die Sozialdemokratie ausgebracht wird, klappt wie der Erzergreiff auf einem preussischen Paradeplatz. Und doch hat nie jemand diesen Tausenden von Menschen diese rhythmische Sicherheit eingeprägt. Niemand kommandiert sie außer dem Redner auf dem Podium, der den Takt angibt, aber bei weitem nicht von allen gelehrt werden kann.

Eigentlich waren es zwei Volksversammlungen, denen ich in Stockholm beiwohnte und die nach außen hin als eine einzige erschienen. Während Branting zu der Menge sprach, redete, auf Hörweite entfernt, der Klassenwart des Landesauschusses, der Sozialdemokrat Söderberg. Gelegentlich schaltete von ihm ein Wort herüber in der Brantingschen Manntranz. Diese Methode rechtfertigt sich angesichts der zusammenströmenden Massen, die sich, auch wenn sie eng zusammenstehen, immer noch über einen so großen Raum ausdehnen, daß selbst das lauteste Organ nicht alle Ohren erreichen könnte. Mit derselben ruhigen und selbstverständlichen Sicherheit, mit der sie zusammengetrömt, fliehen die Massen wieder auseinander. In endlosen Rügen ergießen sich die Scharen in die Stadt, neu bestärkt in der Hoffnung, daß der Sieg kommen wird, gewarnt vor den Untaten blinder Leidenschaft, entschlossen, auszuharren bis zum äußersten.

Aus dem sozialen und wirtschaftlichen Leben Spaniens. Durch den Aufstand in Katalonien, der nicht nur die Vernichtung großer materieller Werte zur Folge hat, sondern durch den auch die gewerbliche und industrielle Tätigkeit der Landbau und der Handel schweren Schaden erleidet, wird wieder einmal die Aufmerksamkeit auf das Königreich Spanien gelenkt. Trotz der Rückschläge aller öffentlichen Einrichtungen und der niedrigen Bildung der großen Masse der Bevölkerung oder vielleicht gerade deswegen ist Spanien seit langer Zeit das unruhigste Land Europas. Spanien ist das einzige Land, in dem die Anarchisten in größerer Zahl und in gefestigteren Gruppen anzutreffen sind und dort macht sich auch ihr Einfluß in der unteren Volksschichten ziemlich stark bemerkbar. Wenn die Anarchisten in Spanien bisher noch keine großen Umwälzungen hervorrufen konnten, so sind dafür die kleineren Rutsche, die von Anarchisten hervorgerufen worden sind, um so zahlreicher; die verhältnismäßig starke Stellung, welche die Anarchisten einnehmen, übt auf das ganze soziale Leben, namentlich in den Städten und in der städtischen Bevölkerung Einfluß aus. Entsprechend den Grundanschauungen des Anarchismus, will die Mehrzahl der Arbeiter von einer sozialen Verbesserung durch die Gesetze, durch andere sozialpolitische Maßnahmen, durch gewerkschaftliches und genossenschaftliches Wirken nichts wissen. Deshalb können auch die Arbeiterorganisationen sowohl nach der Zahl der Mitglieder als nach dem innern Ausbau und nach den praktischen Erfolgen keine großen Fortschritte machen, ja, in den vergangenen Jahren ist sogar noch ein Rückschritt in den Arbeiterorganisationen zu bemerken gewesen. Das Genossenschaftswesen ist in Spanien noch so gut wie unbekannt; denn die Vereinigungen, die sich Genossenschaften nennen, verdienen diesen Namen nach unsern Begriffen gar nicht. Im allgemeinen freilich sind die zurückgebliebenen sozialen Zustände mit einer Folge und die Wechselwirkung des gesamten niedrigen Kulturstandes des spanischen Volkes.

Nur ungefähr ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung kann lesen und schreiben und bei einem großen Teil sind diese Kenntnisse wiederum so wenig ausgebildet worden, daß sie praktisch kaum verwertet werden können. Die Priester, die namentlich auf dem Lande und in der Landbevölkerung einen alles andere überragenden Einfluß ausüben, sind in der großen Mehrheit gleichfalls ohne jede Bildung und noch schlechter steht es vielfach mit der Ausbildung der Schullehrer. Fast schrankenlos läßt sich die große Masse des Volkes vom Aberglauben beherrschen; nicht nur im häuslichen, sondern auch oft im geschäftlichen Leben, bei der Landbestellung, bei aller sonstigen Arbeit, bei Ereignissen im öffentlichen Leben und in der Natur, bei der Erziehung usw. zeigt sich der Aberglauben als ein Moment, das keinen Fortschritt und keine Aufwärtsentwicklung zuläßt. Da die große Mehrheit der Bevölkerung über die Zustände in fremden Ländern nicht viel erfährt und da es im eignen Lande an einer Aufmunterung zu Fortschritten fehlt, bleibt auch die Masse des Volkes gleichgültig an den alten Verhältnissen hängen. Die Folgen sind wiederum Armut, Zurückgebliebenheit in allen Arbeitsmethoden, von der Verteilung des Bodens und der Viehzucht angefangen bis zur Industrie und zur Ausbeutung des reichen Erzeichtrums. Infolge der großen Armut ist auch der Bedarf an den verschiedensten Verbrauchsgegenständen nur ganz minimal, Handwerk und Industrie können sich nicht entwickeln, es mangelt an Arbeit. Dieser Mangel an lohnender Arbeit ist schuld daran, daß im letzten Jahrzehnt die Auswanderung ständig zunimmt. Es fehlt zwar an einer ausreichenden Statistik über die Auswanderung, trotzdem aber steht fest, daß die Scharen der Auswanderer sich mit jedem Jahre vergrößern und daß oft gerade die tüchtigsten Arbeitskräfte auswandern. Es ist schon öfter vorgekommen, daß infolge der Auswanderung ganze Ortschaften verlassen daliegen. Um die Reichtümer des Landes zu bebauen und um einen Güteraustausch in größerem Umfange vorzunehmen, fehlt es auch vielfach an Verkehrsmitteln, wie überhaupt an



technischen Hilfsmitteln. Und doch könnte Spanien bei einem bessern Bildungsstand seiner Bevölkerung ein reiches Land sein, bei Ausnutzung aller Bodenschätze, bei einer höheren kulturellen und technischen Entwicklung könnte es an Wohlstand ganz gut mit dem benachbarten Frankreich wetteifern. Zwar fehlt es dem Lande an Kohlen, es ist aber dafür desto reicher mit Eisenerzen ausgestattet, und Klima und Boden gestatten den Anbau der wertvollsten Erdfrüchte in größerem Umfange und mit der Aussicht auf reichsten Erfolg. Nach dem spanisch-amerikanischen Kriege schien es eine zeitlang, als ob Spanien zu einem Land mit moderner Verwaltung umgewandelt werden sollte, diese Ansätze zu einer höheren sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wurden aber bald wieder zurückgedrängt und wie schon so oft schwankt auch jetzt wieder einmal Spanien zwischen Revolution und Militärdiktatur.

**Literarisches.**

**Jugendlied!** So nennt sich ein handliches Büchlein, das Handwerkerlieder, Wanderlieder und Volkslieder enthält, die von August Winnig, dem Redakteur des „Grundstein“, gesammelt worden sind. Der erste Teil des Bändchens wird eingeleitet mit den von Winnig selbst verfassten Versen:

**Preis des Wanderns.**

Wer nichts als seine Vaterstadt gesehen,  
Wer nie auf fremder Straße ist geschritten,  
Wer nie mit fremden Leuten sich gelitten  
Und nie vernommen fremder Stürme Wehen,  
Wer nie beim Klang der Heimat süß gebebt,  
Dat der gelebt?

Wer nach der Lehrzeit harten, strengen Jahren  
Sich hurtig auf die Wandersohlen machte  
Und spöttlich über Stubenhocker lachte,  
Und Land und Meere kreuz und quer durchfahren;  
Wer um die Ohren sich die Welt geschlagen  
Und statt des Reichthums Wissen heimgetragen,  
Nach eigner Bekkerkenntnis hat gestrebt,  
Der hat gelebt!

Die alten Handwerks- und Wanderlieder, wie sie von Maurern, Zimmerern und andren Bauhandwerkern gesungen wurden und zum Teil auch noch gesungen werden, sowie eine Anzahl schöner Volkslieder sind in dem Bändchen vereinigt. Die Sammlung ist mit recht viel Fleiß und Liebe zusammengestellt. Besonders die Liebe zu den alten Gesellenliedern, den alten frohen Weisen, klingt aus den Worten des Verfassers: Das Schwimmen dieser Lieder ist nicht gut. In ihnen liegt eine kernige Freude am Leben, oft klingt aus ihnen eine fast kindliche Freude an der Natur, wie sie die im Morgen Sonnenschein leuchtende Landstraße bietet, und fast allen ist ein fester Arbeiterstolz eigen, der sich in trockigen Strophen entläßt. Darum halte ich es für eine gute Sache, diese aus unserm Handwerk hervorgegangenen Lieder vor der drohenden Vergessenheit zu bewahren und sie wieder zum Allgemeingut

berer zu machen, die sich mit Stolz zu Hammer und Nello bekennen.

Wir können das Büchlein, das in Taschenformat und vorzüglicher Ausstattung bei Auer & Co. in Hamburg erschienen ist, auch unsern Kollegen empfehlen. Es ist zum Preise von 60 S in den Buchhandlungen zu haben.

**Sterbetafel.**

Berlin. Am 2. August starb der Kollege Ernst Grubler, 29 Jahre alt (Bezirk Osten). — Am 5. August starb der Kollege Emil Müller, 47 Jahre alt (Bezirk Friedrichshagen). — Am 26. Juli starb der Kollege Emil Wiebe, 55 Jahre alt (Bezirk Norden).  
Braunschweig. Am 19. August starb nach langem Leiden an der Proletarierkrankheit unser treuer Kollege Wilhelm Wabuschke im Alter von 27 Jahren.  
Bosen. Am 13. August starb das Mitglied Valentin Felenzki im Alter von 38 Jahren an Nierenkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

**Dereinstell.**

**Bekanntmachung.**

**Bericht der Hauptkassse vom 18. bis 23. August.**  
Eingelandt wurde für die Hauptkassse: Mühlhausen 1. C. A. 100, Oranienburg 15.10, Worms 100, Essen 800, Freiberg 300, Nowawes 250, Waldenburg 50, Stettin 150, Breslau 800, Gera 150, Köln 400.

Vom 4. Juli bis 1. August gingen für ausgezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Wachen A 21.70, Altenburg 14.—, Wschersleben 4.—, Berlin 988.60, Brandenburg 44.85, Braunschweig 122.—, Cassel 83.90, Chemnitz 111.05, Cöthen 8.40, Darmstadt 70.70, Dortmund 46.80, Dresden 167.25, Düren 6.50, Eberwalde 12.50, Eisenach 4.80, Eberfeld 52.80, Emden 25.15, Erfurt 14.70, Schweig 15.50, Essen 27.25, Frankfurt a. M. 870.80, Frankfurt a. O. 4.—, Gera 37.65, Glauchau 18.—, Gbrils 16.20, Gotha 34.90, Göttingen 33.70, Greiz 14.40, Grünberg 22.75, Hagen 7.15, Hamborn 12.50, Hamburg 511.05, Hamm 10.80, Hannover 327.90, Heilbronn 5.40, Herford 12.50, Hirschberg 28.—, Hof 6.—, Jena 46.—, Kaiserslautern 3.80, Karlsruhe 66.75, Rattowitz 24.80, Kiel 60.15, Köslin 6.—, Landau 8.40, Regnitz 2.80, Lindeburg 1.50, Mainz 97.60, Marburg 9.60, Meß 63.80, München 93.60, Neustadt 14.45, Nowawes 25.70, Oberstein 4.50, Pforzheim 8.40, Posen 13.60, Saarbrücken 15.60, Schleswig 18.—, Schwerin 4.75, Siegen 4.20, Spandau 15.80, Weimar 35.50, Wiesbaden 95.75, Wilhelmshaven 20.15, Wismar 2.40, Würzburg 29.80, Zittau 5.85, Zwickau 17.10; Summa A 4109.60.

Sterbeunterstützung: Altenburg A 45.—, Berlin 150.—, Braunschweig 55.—, Cassel 10.—, Chemnitz 10.—, Darmstadt 45.—, Dresden 40.—, Eberfeld 10.—, Emden 10.—, Frankfurt a. M. 80.—, Gera 20.—, Gotha 10.—, Hamburg 80.—, Hannover 10.—, Kiel 10.—, Lindeburg 45.—, München 30.—, Nordhausen 10.—, Nowawes 30.—, Posen 55.—, Saarbrücken 10.—, Weiba 20.—, Wiesbaden 60.—, Würzburg 85.—; Summa A 830.—.

Material wurde versandt:

B = Beitragsmarken. C = Eintrittsmarken.  
D = Duplikatmarken. B.-M.-M. = Vereins-Anzeiger-Marken. R. = Palenber. S. = Futterale. W. = Protokolle. Ex. = Extra-Marken. M.-M. = Marken-Mappe.

Cosmar 400 B. a 60 S, 200 C, 100 Ex.; Cöslin 10 C.; Eberfeld 1200 B. a 60 S, 200 C, a 25 S; Dessau 200 C.; Freiberg 500 C., 80 S, 2 R.; Göttingen 1200 B. a 60 S; Greifswald 400 B. a 60 S, 10 C, 10 D.; Hagen 1000 B. a 25 S; Hamborn 80 C.; Königsberg 1600 B. a 60 S, 2000 B. a 20 S; Konstantz 100 C.; Kulmbach 200 B. a 60 S; Leipzig 3000 C.; Münster 400 B. a 50 S; München 30 C.; Neuburg 500 B. a 60 S, 20 C.; Oldenburg 1200 B. a 60 S, 50 C., 10 D.; Plauen 50 C.; Posen 2000 B. a 60 S, 20 C.; Stettin 4000 B. a 60 S; Weimar 10 C., 30 S.; Worms 200 B. a 60 S, 1 Pr. a 60 S, 100 C.

Verichtigung. In voriger Nummer muß es heißen statt Bosen 150, Stralund 150. — Die Quittung über die vom 11. Juni bis 3. Juli eingegangenen Kranken- und Sterbescheine ist in voriger Nummer irrtümlich unter dem Bericht der Zentralkrankenkasse geraten, statt unter den des Verbandes.

S. Wentker, Kassierer.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands**  
(Eingetragene Stiftung Nr. 71.)

**Bericht des Hauptkassierers vom 15. bis 21. August 1909.**  
Ueber die Einnahme von den örtlichen Verwaltungen wurden eingelandt von Mayer-München 600 M., Auerbach-Duisburg 80 M., Arnolds-Halle a. S. 200 M., Paul-Wad-Garzburg 50 M., Menow-Hofstad a. M. 100 M., Wehrens-Hamburg (Einsbüttel) 800 M., Bachhaus-Eberfeld 50 M.  
Zusatz wurde abgelandt für die örtliche Verwaltung in Landau (Pfalz) an Franz 200 M.  
Franken gelebter erhielten Buchn. 26307 B. Hartmann in Gbrilschen i. Baden 13.50 M., Buchn. 30037 D. D. Reichenbach in Weimar 6.75 M., Buchn. 36393 B. Wendlandt in Petershagen a. Ostbahn 11.25 M., Buchn. 29364 R. Gutzeit in Marzlab 15.75 M., Buchn. 28045 R. Wasiolek in Breslau 13.50 M.  
S. S. Bülle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

**Anzeigen.**

Ein seit mehreren Jahren **Maler-geschäft** in Hamburg betriebenes **Maler-geschäft** ist für 700 Mark sofort zu verkaufen. Der Verkäufer würde auf Wunsch vorläufig im Geschäft mit arbeiten. Offerten unt. O. an die Exp. d. Bl.

Wollen Sie sich in der **Holz- und Marmormalerei** gründlich ausbilden, so besuchen Sie die Fachschule von Mathias Nabben, Düsselhof, Auerstraße Nr. 118. Prämiiert mit den höchsten Auszeichnungen. Prospekt gratis.

**Malerschule Gotha**  
Wirklich praktische Schule. Mässiges Schulgeld. — Viele Anerkennungen.  
Letzte Auszeichnung:  
Staatspreis Gera 1909.  
Prosp. d. d. Schulleitung P. Teichgräber.

**Düsseldorfer Malerschule für Dekorationsmalerei**  
(Prämiiert mit nur höchsten Auszeichnungen)  
15. Oktober bis 31. März.  
Prospekte kostenlos durch den Vorstand  
Heinr. Weischede, Düsseldorf-Oberkassel, Oberkasselerstr. 13.

**Malerschule Buxtehude**  
Beste Schule für Dekorationsmalerei.  
1907 wieder goldene Medallien und Ehrenpreise.  
Progt. d. Direktor Eiserweg.

**Malerschule Hameln a. d. Weser**  
Fischdeckerstraße 46  
Staatlich genehmigt.  
Bedeutende Erfolge in der Dekorations-, Holz- u. Marmormalerei, ferner Buchführung, Vorzüge. Es wirken verschiedene erste Spezial-Lehrkräfte in getrennten Lehrfächern.  
Prospekte kostenlos durch die Schulleitung.

**Malerschule**  
He. Holz- und Marmor-Imitation  
an A. Pritschau, Hammelburg (Bayern.)  
Gründliche in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kursums vom 15. November 1909 bis 1. März 1910.  
Prospekt gratis.

**Filiale München!** Unser Bureau befindet sich ab 1. September d. J. Baumstraße 4a. Der Arbeitsnachweis ist geöffnet von 1/6 bis 1 Uhr vorm. und von 4 bis 7 Uhr abends. Alle zureisenden Kollegen wollen sich stets zuerst im Bureau melden.  
(N 2.—)  
Die Filialverwaltung.

**Filiale Rostock!** Laut Beschluß der Mitglieder-Versammlung am 21. August wird für die Folge monatlich eine Versammlung und zwar am 1. Sonnabend im Monat, abgehalten werden. Die Kollegen werden dringend ersucht, sich nunmehr regelmäßig an den Versammlungen zu beteiligen. Nächste Versammlung am Sonnabend, 4. September.  
(N 2.40)  
Die Filialverwaltung, S. V. P e p e r.

**Die grossen Erfolge**  
welche unser Institut auch im letzten Semester zu verzeichnen hatte, bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten.  
**Spezial-Schule für Holz- und Marmor-Malerei von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5**  
Lindenstrasse 19.  
Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt.

Jeder Intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.  
Prospekt über das rühmlichste bekannte

**Mahlers Fondin**  
Mahler & Co., Bamberg II.  
versendet gratis und franko

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—  
Landschaften, Blumen, Tiere, Seesücker, Damen etc.  
Ph. Brühl, Seessen i. Westf.  
**Maler - Mäntel,**  
beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegeflappen. Nur eigenes Fabrikat.  
110 120 130 140 cm lang  
jezt 2.75 2.90 3.10 3.25 M.  
Hosen aus Kestelstoff 2.— M. Rücken 40 S, Dreil.-Hosen und Sack a 2.80 M. Extra-Größen 3.— M. II. Qualität 25 S billiger.  
Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.  
D. Wurzel & Co., Berlin, Brüdenstraße 13, I.

Verlangen Sie gratis u. franko die künstl. reichillust. Prospekt der prachtvollen Schülerarbeiten vom Kunstgewerblichen Institut für Maler  
H. Schmid-Engweiler, Zürich.  
Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S.  
**Malerschule zu Bremerhaven**  
von C. H. Dreier Grabenstraße Nr. 22  
Schule für Dekorations-Malerei, Holz und Marmor, Schriften. Prospekt gratis und franko. Wintersemester vom 1. November bis 31. März.

**Büding's Maleranzug**  
„In Einem“  
D. N. G. M.  
Unerreicht in Zweckmäßigkeit und Billigkeit.  
Vollkommenster Anzug der Welt.  
Generalvertrieb für Deutschland:  
George Evans  
Ernst Merckstr. 12  
Hamburg.



**Gold-Abfälle.**  
Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Posten  
**Kebergold, Goldwatte und Abkratzgold.**  
Briefe oder Patentsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. Max Haupt, Dresden, Wlaserwitzerstr. 64.

**Restaurant „Klosterschenke“.**  
Dresden-Mittstadt, Ecke Pilsen- u. Sellerg.  
Berkelhof der Maler, Ladierer, Anstreicher. Arbeitsnachweis, Bibliothek und Badabend. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse. Reichhaltiger Frühstück, Mittags- und Abendisch bei billigen Preisen. ff. Biere.  
August Heinrich.

Empfehle den Genossen mein Fremden-Büchlein, sowie Mittags- und Abendisch in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

**Hermann Stramm**  
Berlin SO., Ackerstr. 123.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Malerschule Buxtehude bei, worauf wir die Kollegen aufmerksam machen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 34 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Mart, Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17.  
Verlag von S. Wentker, Hamburg 22.  
Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 28